F. J. P. VEALE

SCHULD und Sühne

Das Schlüsselproblem unserer Zeit

F. J. P. VEALE

SCHULD UND SÜHNE

VERLAG
FRITZ SCHLICHTENMAYER
TÜBINGEN/NECKAR

F. J. P. VEALE

SCHULD und Sühne

Das Schlüsselproblem unserer Zeit

Aus dem Englischen übersetzt

VON M. E. NARJES

Die Umschlagzeichnung
fertigte Dieter Muchow, Frankfurt/M.

©

Copyright 1964 by Verlag Fritz Schlichtenmayer in Tübingen. Printed in Germany
Gesamtherstellung Buchdruckerei Trossingen Matth. Birk in Trossingen/Württ.

INHALTSVERZEICHNIS

11

1. Umstrittene Fragen warten auf Klärung

20

2. Zwei teuflische Pläne

30

3. Das größte internationale Verbrechen

34

4. Das Schlüsselproblem unserer Zeit

38

5. Eine makabre Farce

45

6. Ein unentbehrlicher Schwindel

48

7. Falsche Brinkmanship auf beiden Seiten

52

8. Ist der Schritt zum Krieg ein Verbrechen?

59

9. Diese drückende Bürde schuldiger Scham

Zu keiner Zeit haben so viele schicksalsträchtige und schwierige geschichtliche Fragen der Untersuchung und Klärung durch Historiker geharrt wie gegenwärtig. Die weitaus schwerwiegendste darunter ist die Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahre 1939, die sich dann schließlich zum 2. Weltkrieg ausweiteten.

Eine der merkwürdigsten Folgen der politischen Planung, diesen Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte fortzusetzen, ist es, daß die Propaganda-Mythen der Sieger am längsten unter den Besiegten lebendig geblieben sind. Die Sieger vermochten es 1945 durchzusetzen, daß die Besiegten ohne Einschränkung die Version ihrer Eroberer von allen Vorgängen übernahmen, die zum 2. Weltkrieg geführt und sich in seinem Verlauf zugetragen hatten. Jeder Deutsche, der es wagte, Zweifel an selbst durchsichtigsten Fiktionen zu äußern, wurde als selbstbekundeter Sympathisierer des gestürzten NS-Regimes streng bestraft. Die älteren Generationen lernten es bald, ihre Zweifel für sich zu behalten, während eine neue Generation heranwuchs, die ohne zu fragen in sich aufnahm, was sie als Tatsachen in ihren Schulbüchern vorgesetzt bekam, nicht ahnend, daß viele dieser angeblichen Tatsachen durch die Untersuchungen ausländischer Historiker zurückgewiesen oder widerlegt worden waren. Kurzum, es

wurde eine rücksichtslose Gehirnwäsche vorgenommen. Die Methode, jede Fähigkeit zu unabhängigem Denken in deutschen Hirnen auszumerzen und sie stattdessen zu gefügigem Nachgeben zu bringen, war so erfolgreich, daß sich heute nur noch in Deutschland Menschen finden, die über die Ursachen und den Verlauf des 2. Weltkriegs noch genau die gleichen Ansichten vertreten, wie sie unter den Siegern vor zwanzig Jahren herrschten und die diese auf Grund der Forschungsergebnisse ihrer eigenen Historiker längst als unvereinbar mit unbestreitbaren Fakten fallengelassen haben.

Sonderbar ist auch, und dennoch wahr, daß eine Nation, die in der Geschichtsschreibung einst an führender Stelle stand und Historiker vom Range eines Theodor Mommsen und Leopold von Ranke hervorgebracht hat, praktisch keinen Anteil an der Klärung von Fragen haben sollte, die sich erhoben, als die lange Zeit hingenommenen Propagandamärchen, durch unleugbare Tatsachen widerrufen, fallengelassen werden mußten. Die Aufdekkung der Wahrheit durch ausländische Historiker ist von den deutschen Kollegen durchweg mit Gleichgültigkeit oder sogar feindselig quittiert worden. Dementsprechend ist auch die meisterliche Untersuchung der Ursachen des 2. Weltkriegs von Professor David L. Hoggan, Universität San Franzisco, dargetan in seiner maßgeblichen und gut dokumentierten Arbeit »Der erzwungene Krieg« (Verlag der Deutschen Hochschullehrerzeitung, Tübingen 1961) von dem Bonner Militärhistoriker Dr. Hans-Adolf Jacobsen summarisch mit der Bemerkung verworfen worden: »Es lohnt sich einfach nicht, dieses Buch zu lesen.«

Glücklicherweise halten Historiker außerhalb Deutschlands den Versuch, die Wahrheit über den 2. Weltkrieg zu ermitteln, nicht für Zeitverschwendung. In Kriegszeiten werden Propagandamärchen einfach und allein nur darum erfunden, um den politischen Erfordernissen des Augenblicks zu begegnen, und sind niemals dazu gedacht, für immer gültig zu bleiben. Ein Pragma-

tiker würde sagen, diese Fiktionen seien zur Zeit ihrer Entstehung für ihre geistigen Urheber wahr; da die politische Lage sich aber ständig ändert, sind sie unvermeidlich und selbst pragmatisch gesehen sehr bald eben nicht mehr wahr. Sowie ein Propagandamärchen seine Nutzanwendung verloren hat, können die bis dato unterdrückten oder geleugneten Tatbestände aufgedeckt oder zugegeben werden. Im allgemeinen wird dann eine völlig neue Beurteilung des Falls notwendig, die herauszuarbeiten — nunmehr unbehindert von den Erfordernissen der Politiker — den Historikern freisteht. Selten ist dies ein müheloses Unterfangen, denn eine einzelne Handlung kann so oft von verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden, und jenen, die sie begehen, kann man so viele widerstreitende Motive unterstellen. Jetzt sind die Historiker bemüht, für eine Reihe umstrittener Fragen der jüngsten Geschichte zu irgendeinem Grad der Übereinstimmung zu gelangen, wovon die folgenden als Beispiele dienen mögen.

1. Umstrittene Fragen warten auf Klärung

Was ist beispielsweise wahr an dem japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941? Die Tatsachen schienen 1945 klar darauf hinzudeuten, daß es ein mutwilliger und niederträchtiger Angriff der verräterischen Japaner auf die amerikanische Pazifik-Flotte gewesen ist, die an einem exponierten Standort von Hawaii mitten im Stillen Ozean vor Anker lag. Daß keine Vorsichtsmaßnahmen gegen plötzliche Überfälle getroffen waren und keine Warnmeldung nach Pearl Harbour ging, als das Auslaufen eines japanischen Flottenverbandes in Washington bekannt wurde, war schon an sich ein Beweis dafür, daß keinem auch nur die Möglichkeit eines so infamen Angriffs in den Sinn gekommen ist, nicht mal einem so klugen und weitschauenden Staatsmann wie Franklin D. Roosevelt. Doch offen-

sichtlich ist ihm keine Schuld an dieser Katastrophe angelastet worden. Als friedliebender Mann von gradliniger Integrität unterstellte er auch anderen sein eigenes hohes Standardmaß ehrenhaften Verhaltens. Er hatte keinen Grund zu bezweifeln, daß die Japaner ein zivilisiertes Volk seien; im 1. Weltkrieg hatten sie sich höchstes Lob erworben, weil sie sich dem britischen Empire und dem russischen Reich in deren Kreuzzug zur Verteidigung der Freiheit kleiner Nationen angeschlossen hatten. Ein verdienstvoller und heldenhafter Entschluß, der es ihnen ermöglichte, die deutschen, durch die britische Seeherrschaft von aller Hilfe aus dem Mutterland abgeschnittenen Überseebesitzungen im Fernen Osten zu okkupieren. Niemand hätte voraussehen können, daß ein Land, dessen hochstrebender Idealismus vor gar nicht so langer Zeit noch derartig gepriesen wurde, plötzlich einen Überraschungsangriff gegen einen Freund und Nachbarn, sogar ohne Kriegserklärung, unternehmen würde, und das in einem Augenblick, als der amerikanische Präsident, nur von seiner Liebe zur Menschheit bewogen, sich mühte, eine gerechte und freundschaftliche Beilegung der in China andauernden Feindseligkeiten auszuhandeln.

So etwa lautet in Grundzügen die Version der Vorgänge um den Angriff auf Pearl Harbour, wie Präsident Roosevelt sie der amerikanischen Öffentlichkeit am Tag nach dem Überfall präsentiert hat. Sie wurde kommentarlos in den Ländern hingenommen, die mit den USA verbündet waren. Kritik wurde streng unterbunden. Oliver Lyttelton, ein führendes Mitglied des britischen Kriegskabinetts, wurde scharf gerügt, als er am 20. Juni 1944 vorlaut mit der Wahrheit herausplatzte, »Es ist eine historische Farce zu sagen, Amerika sei in den Krieg gezwungen worden. Es provozierte Japan in einem solchen Ausmaß, daß die Japaner gezwungen waren, Pearl Harbour anzugreifen.« Im Jahre 1945 nahm die deutsche Öffentlichkeit unter hartem Druck Roosevelts Darstellung dessen hin, was sich in Pearl Harbour am 7. Dezem-

ber 1941 ereignet hatte, doch allmählich ist die Wahrheit dank der Forschungsarbeit einer Reihe amerikanischer Historiker ans Tageslicht gekommen.*)

Es steht jetzt außer Frage, daß Präsident Roosevelt seit langem bestrebt gewesen ist, die Vereinigten Staaten in den 2. Weltkrieg hineinzuziehen, entgegen seinen wiederholten Versprechungen an die amerikanische Öffentlichkeit, streng neutral bleiben zu wollen. Doch all seine provozierenden Vorstöße waren durch Hitlers unerschütterliche Entschlossenheit vereitelt worden, sich nicht zu einem Vergeltungsakt hinreißen zu lassen, den Roosevelt als Kriegshandlung hätte aufgreifen können. In seiner Verzweiflung griff Roosevelt schließlich zu einem Mittel, mit dem er Deutschlands Bündnispartner Japan zu einem Angriff gegen die Vereinigten Staaten zu zwingen gedachte. Die kriegerischen Auseinandersetzungen in China, die sich schon zehn Jahre lang hingezogen hatten, boten ihm einen Vorwand, Händel zu suchen. Erst wurde Japan einer finanziellen und wirtschaftlichen Blockade ausgesetzt, und dann präsentierte man ihm ein Ultimatum, das ein Nachgeben unter demütigenden Bedingungen forderte. Schließlich wurde die amerikanische Pazifik-Flotte in einer für einen Zugriff mühelos erreichbaren Distanz von Japan stationiert. Nur der verheerende Ausgang der Attacke hat Roosevelt wirklich überrascht. Die Nachricht von dem Angriff ließ ihn erleichtert aufatmen und erfüllte ihn mit Jubel; das Ziel monatelanger Planung war mit Triumph erreicht. Auf diese Weise benutzte Roosevelt Japan »als Hintertür«, wie Tansill es nennt, durch die er die

---

*) Der Leser sei hingewiesen auf Charles C. Tansills »Die Hintertür zum Kriege«, Droste-Verlag, Düsseldorf 1957 und Admiral R. A. Theobalds »Das letzte Geheimnis von Pearl Harbour«, Schneider, Berlin 1961. Eine Zusammenfassung der Beweise findet sich in »Entlarvte Heuchelei«, Hrsg. Harry Elmer Barnes, Damm-Verlag München, mit Beiträgen von Tansill, F. R. Sanborn und anderen maßgeblichen Autoren.

USA — unter Mißachtung der Wünsche der überwiegenden Mehrheit seiner Landsleute und seiner feierlichen Versprechungen, strikte Neutralität zu wahren — in den Krieg mit Deutschland führen konnte.

Wahrscheinlich meinen viele Deutsche, die Wahrheit über den japanischen Überraschungsangriff auf Pearl Harbour sei nicht ihre Sorge. Freilich, niemand hat je auch nur angedeutet, daß Hitler spiritus rector dieses Überfalls gewesen ist, oder daß die japanische Regierung von irgendjemand hätte gedrängt werden müssen. Dennoch ist, vom deutschen Standpunkt gesehen, die Wahrheit über diesen Angriff auf einen US-Marinestützpunkt im fernab gelegenen Stillen Ozean von größter Bedeutung; die Enthüllung der dazugehörigen Tatsachen hat für immer jene Phantasiefigur der Kriegspropaganda beseitigt: den gütigen Staatsmann Franklin D. Roosevelt, der die Menschen und den Frieden liebte, leidenschaftlich an die Demokratie glaubte, dessen eigene Verhaltensmaßstäbe so hoch waren, daß er außerstande war, sich eine perfide Handlungsweise der japanischen Militaristen auch nur vorzustellen. Die Folge der Aufdeckung der Fakten zum Fall Pearl Harbour war, daß anstelle dieser fiktiven Figur der wahre Franklin D. Roosevelt hervortrat: ein Meisterintrigant, ein rücksichtsloser, genialer Ränkeschmied ohne Gewissen, der die Fähigkeit besaß, eine Politik zu planen und zum Erfolg zu führen, auf die ein Nicolo Macchiavelli hätte stolz sein können.

Aus der verspäteten Enthüllung des wahren Charakters Roosevelts ergibt sich im Hinblick auf ein halbes Dutzend verwirrender Fragen, deren Klärung ein tiefernstes Anliegen der Deutschen ist, daß ein neuer und wesentlicher Faktor in Betracht gezogen werden muß.

Es ist beispielsweise für lange Zeit möglich gewesen zu glauben, daß sich Roosevelt während der Münchener Krise von 1938 und der Zeit höchster politischer Spannung in Europa im darauffolgenden Jahr, die dann im Ausbruch des Krieges am 1. September

gipfelte, damit begnügt hat, eine absolut passive, strikt neutrale Rolle zu spielen. Seine einzige Absicht, so pflegte man zu sagen, während jener kritischen zwölf Monate sei es gewesen, den Frieden zu erhalten, und zu diesem Zweck habe er bewegende Appelle an alle europäischen Staatsmänner gerichtet und sie dringend ersucht, Mäßigung zu üben und sich stets die Schrecken und Leiden vor Augen zu halten, die ein Krieg ihren Völkern bringen würde. Dieses anziehende Bild paßt ganz gewiß zu dem ihm zugeschriebenen Verhalten gegenüber dem japanischen Kaiserreich im Jahre 1941, als, so hieß es, seine leidenschaftliche Friedensliebe und sein argloses Vertrauen zur menschlichen Natur zur teilweisen Vernichtung der amerikanischen Pazifik-Flotte führte. Aber da nun sein wahrer Charakter enthüllt wurde, ist es nicht mehr möglich zu glauben, daß er sich 1938-39 als abseits stehender Friedensstifter in den europäischen Vorgängen betätigt hat. Roosevelt war der geborene Intrigant, ein Mann, der die Intrige um ihrer selbst willen liebte. Bei einer Untersuchung der Ereignisse, die 1939 den Kriegsausbruch herbeiführten, ist es unverkennbar äußerst wichtig, herauszufinden, ob der Herrscher des reichsten und potentiell mächtigsten Landes der Welt ein echter Menschenfreund und Friedensförderer gewesen ist, ein unkomplizierter Idealist, dessen Gedanken von nichts anderem als dem übermächtigen Drang beherrscht wurde, der Menschheit Gutes zu tun; oder ob er ein verschlagener Politiker mit einem Hang zur Intrige war, um jeden Preis bestrebt, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit von seiner Innenpolitik, bekannt als New Deal, abzulenken. Von dem Urteil über Roosevelts eigentliches Wesen hängt die Klärung einer Reihe schwieriger Fragen bezüglich seiner Außenpolitik während des 2. Weltkriegs ab, nachdem es ihm gelungen war, die USA in den Konflikt hineinzuziehen. Es ist niemals eine überzeugende Erklärung dafür vorgebracht worden, warum Roosevelt seit der Teheran-Konferenz dem kommunistischen Diktator Stalin gegenüber eine geradezu kriecheri-

sche Unterwürfigkeit bezeigt hat. Als er im November 1943 erstmals mit Stalin in Teheran zusammentraf, war die Rote Armee schwer angeschlagen und durch den Verlust ungeheurer Mengen von Ausrüstung und Waffen ziemlich behindert. Es lag selbstverständlich durchaus im Interesse der USA und ihrer Verbündeten, daß die Kampfkraft der Sowjetunion ausreichend gestärkt werden mußte, um ihr die Fortführung des Krieges zu ermöglichen; ebenso klar war aber auch, daß es sich gegen die Interessen der USA und ihrer Bündnispartner richten würde, wenn die Sowjetunion so übermächtig aus dem Kampf hervorging, daß sie die Friedensbedingungen diktieren konnte. Im Jahre 1943 hatte die Verhandlungsposition Stalins kein Gewicht; dankbar hätte er jede gewährte Hilfe angenommen, um die Eindringlinge vom russischen Boden vertreiben zu können. Dessen ungeachtet kam Roosevelt allen Forderungen des roten Diktators nach und lieferte unermüdlich üppige Mengen Nachschub an die Sowjetunion, ohne Bedingungen oder Sicherheiten, bis die Rote Armee die Elbe erreicht hatte.*)

Roosevelts Bewunderer und Gegner stören sich gleichermaßen an dieser sonderbaren Politik, die Sowjetrußland zweifellos zu einer Weltmacht aufsteigen ließ, und, was Stärke anbelangt, zu einem Rivalen der Vereinigten Staaten. Seine Bewunderer können es sich nur schwer erklären, wie ein kluger, gütiger Menschenfreund es über sich bringen konnte, die unglücklichen Bewohner Osteuropas der Gnade dieses grausamen Tyrannen Stalin auszuliefern. Es wird darauf hingedeutet, daß er sich von den verlogenen Berichten Harry Hopkins' täuschen ließ, des Sonderbotschafters, den er nach Moskau schickte, um mit Stalin zu sprechen, und der alles so berichtet hat, wie Roosevelt es nach seiner Auffassung

---

*) Eine erschöpfende Studie über diese rätselhaften Vorgänge findet sich in dem brillant geschriebenen Buch von G. N. Crocker, »Schrittmacher der Sowjets«, Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1960.

hören wollte. Man sagt auch, daß Roosevelts wohlberechtigte Abscheu vor Hitler ihn blind gemacht habe gegen Stalins wahren Charakter; mit anderen Worten, seine moralische Entrüstung habe die Oberhand über sein Urteilsvermögen gewonnen.
Auf der anderen Seite ist es Roosevelts Gegnern unerklärlich, wie ein Mann, den sie als den verschlagensten Politiker seiner Zeit betrachten, zum hilflos Düpierten eines ungeschlachten Wilden wie Stalins geworden sein soll. Im allgemeinen nehmen sie den Standpunkt ein, daß, nachdem er über die geglückte Verwicklung seines Landes in den Krieg triumphieren konnte, sein Selbstvertrauen zu seinem Talent für Doppelspiel so unerhört gestärkt war, daß er sich in dem sicheren Gefühl wiegte, Stalin konnte noch so mächtig werden, er aber würde stets in der Lage sein, diesen stupiden Barbaren im Zaum zu halten.
Eine andere Frage zu Präsident Roosevelt, die von Historikern durchleuchtet werden muß, ist der geheime Schriftwechsel, den er, wie man seit langem weiß, im Winter 1939-40 mit Winston Churchill im US-Diplomatencode geführt hat. Der faktische Vorgang dieser Korrespondenz wurde von Tyler Kent, einem Dechiffrierer der Londoner US-Botschaft, aufgedeckt. Der Charakter dieser Schreiben läßt sich nur aus der Tatsache ableiten, daß ihre Existenz als Staatsgeheimnis höchsten Grades gehütet wurde. Für den Prozeß gegen Kent in London, in dem er zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde, sind ungewöhnliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden, um zu verhindern, daß irgendein Hinweis auf den Inhalt der verschlüsselten Schreiben an die Öffentlichkeit gelangte. Dazu sei vermerkt, daß Winston Churchill in der Zeit dieser Geheimkorrespondenz Erster Lord der Admiralität gewesen ist, und als solchen ging ihn die Einstellung des amerikanischen Präsidenten zum gerade begonnenen Krieg gar nichts an, sondern wäre Sache des Premierministers Neville Chamberlain und des Außenministers gewesen. In Anbetracht des Deckmantels strikter Geheimhaltung, der über den ganzen

Fall gebreitet wurde, ist es ja wohl unmöglich zu glauben, daß nur gegenseitig interessierende Privatangelegenheiten behandelt worden sind. Was jetzt mit Gewißheit darüber gesagt werden kann, ist, daß Roosevelt es sichtlich vorgezogen hat, seine Absichten in Bezug auf den Krieg vor Churchill darzutun, der sich bekanntlich für die Fortführung des Kampfes bis zum Sturz des Hitler-Regimes einsetzte, anstatt vor dem Premier Chamberlain, der mit bösen Ahnungen in das Geschehen ging und, wie man allgemein annahm, eine Möglichkeit begrüßt haben würde, eine friedliche Beilegung zu bewirken.

Viel ist mit Lobestönen darüber geschrieben worden, was man als die stolzeste Episode der britischen Geschichte bezeichnet hat, als nämlich Großbritannien nach dem Sturz Frankreichs unter der Führung Winston Churchills, wie es heißt, völlig allein dastand, ohne Freund und Verbündeten in der Welt, und der Macht des siegreichen Hitler trotzend. Aber der Hergang jener Episode kann offensichtlich erst dann in vollem Umfang geschrieben werden, wenn der Inhalt der von Tyler Kent aufgedeckten Geheimkorrespondenz bekannt geworden ist. Enthielte diese Korrespondenz Zusicherungen Roosevelts, daß Churchill auf ihn zählen könnte, er, Roosevelt, würde die Vereinigten Staaten im frühestmöglichen Augenblick in den Krieg hineinziehen, und seine Versprechungen an die amerikanische Öffentlichkeit, strikte Neutralität wahren zu wollen, könnte er, Churchill, als reinen Lügen-Nebelschleier ruhig außer acht lassen, was lediglich die Besorgnisse der Wähler bei der nächsten Präsidentenwahl dämpfen solle, dann würde die Situation sechs Monate später, als Churchill vorgab, allein zu stehen und der Macht des siegreichen Hitler zu trotzen, in einem ganz neuen Licht erscheinen.

Streng genommen ist die Frage der Geheimkorrespondenz zwischen Roosevelt und Churchill historisch überhaupt kein Problem, denn sie könnte unverzüglich geklärt werden; diese verschlüsselten Drahtschreiben, jetzt irgendwo in den USA in einem amt-

lichen Panzerschrank sicher geborgen, brauchten ja ganz einfach nur veröffentlicht zu werden. Die Tatsache, daß man das nicht schon längst getan hat, ist als solche bereits kennzeichnend.
Ganz abgesehen einmal von dem Inhalt dieser Briefe ist es doch an sich schon recht bemerkenswert, daß Roosevelt insgeheim mit einem führenden Mitglied einer ausländischen Regierung korrespondiert haben soll. Es fällt schwer, hier an einen für sich allein stehenden Vorgang zu glauben. Obwohl der klare Beweis dafür wahrscheinlich für immer ausbleiben wird, ist es eine vertretbare Schlußfolgerung, daß Roosevelt in ähnlicher Weise mit anderen führenden, deutschfeindlichen Staatsmännern Europas korrespondiert haben muß, und zwar nach dem Kriegsausbruch im September 1939 sowie auch schon während der Münchener Krise im Jahr zuvor.
Man scheint sich heute allgemein darüber einig zu sein, daß Roosevelt schon lange vor Kriegsausbruch im Jahre 1939 den Beschluß gefaßt hat, die USA in jeden Krieg hineinzuziehen, der in Europa ausbrechen konnte, wenn es sich für eine sichere Niederlage Deutschlands als notwendig erweisen sollte. Allerdings ist es unmöglich — und wird wahrscheinlich für immer unmöglich bleiben — auch nur annähernd das Datum zu fixieren, an dem er zu diesem folgenschweren Entschluß gelangt ist. Das einzige, was wir mit Sicherheit wissen, ist, daß Roosevelt bereits Anfang Februar 1938, sechs Monate vor der Münchener Krise, einen privaten Brief an den notorischen Deutschenhasser Lord Elibank schrieb und ihm darin versicherte, er wirke mit Leib und Seele darauf hin, »die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu erziehen, sich einem Kreuzzug gegen Hitler anzuschließen.« (Ohne die wahre Bedeutung dieses Schreibens zu bedenken, gab Lord Elibank es mit der für ihn typischen Stupidität in einem Artikel »Franklin Roosevelt, Freund Englands« preis, der in der Juni-Ausgabe 1955 der Zeitschrift Contemporary Review veröffentlicht wurde. d. Verf.)

2. *Zwei teuflische Pläne*

Zwei Aktionen aus dem 2. Weltkrieg fesseln immer noch die Aufmerksamkeit der Geschichtsforscher und sind Gegenstand erbitterter Kontroversen. Bei beiden handelt es sich um schändliche Pläne; einmal um den, der von der deutschen Regierung verfolgt wurde und sich mit dem Namen Adolf Eichmanns verknüpft, und dann um den der britischen Regierung, der seinen Namen von Frederick Lindemann erhielt. Das Wesen dieser Pläne kann wahrhaftig nicht bestritten werden: beide waren in jeder Hinsicht so ausgesprochen abscheulich, daß man unmöglich sagen kann, welcher der frevelhaftere war. Doch bleibt für die Historiker noch viel zu tun, um die Einzelheiten und das Maß an Verantwortlichkeit unter den mit der Durchführung dieser Pläne direkt oder indirekt Befaßten festzustellen.

Im Hinblick auf Hitlers sogenannte »Endlösung der Judenfrage« sind, obwohl sich ein ungeheures Ausmaß an Literatur darüber angehäuft hat, überraschend wenige Einzelheiten als fraglos feststehend bewiesen worden. Daß viele Menschen jeden Alters und beiderlei Geschlechts allein wegen ihrer rassischen Herkunft getötet worden sind, ist unbestreitbar; aber die geschätzten Zahlen der Opfer schwanken immer noch zwischen zehn und zwei Millionen. Einige amerikanische Historiker haben kürzlich behauptet, die Zahl liege wahrscheinlich mehr um dreihundertfünfzigtausend herum. Zur Zeit beläuft sich die generell von antideutschen Propagandisten verbreitete Schätzung auf vier Millionen. Wenn die Zahl der Opfer nun wirklich in Millionen geschätzt werden müßte, dann erhebt sich die schwierige Frage, warum die deutschen Stellen zu einer Zeit, als die Eisenbahn- und Straßenverbindungen Europas bis zum äußersten beansprucht wurden, um die gewaltigen Heeresmassen an den fernen Fronten mit Nachschub zu versorgen, und durch nachhaltige Bombenangriffe immer wieder gefährdet waren, in einer Zeit des akuten Mangels

an Kohle und Öl und der Knappheit an Eisenbahnwaggons, sich der reichlich überflüssigen Aufgabe unterzogen haben sollten, Millionen von Menschen in entlegene Konzentrationslager im Osten Deutschlands und im besetzten Polen zu transportieren, um sie dort in den Tod zu befördern! Selbst wenn diese Millionentransporte unter der gleichen völligen Mißachtung der Menschlichkeit durchgeführt worden sind wie jene unter der Regie der Polen und Tschechen entsprechend dem Potsdamer Abkommen, als es sich um die Einwohner der deutschen Ostprovinzen handelte, so kommt vielen eine solche Gewaltleistung mitten im Kriege unmöglich vor. Als einziges kann man dazu nur sagen, daß sich bei all jenen, die diese Gewaltaktion vollbrachten — wenn sie sich wirklich so zugetragen hat —, Torheit und Verruchtheit wohl ungefähr die Waage gehalten haben.

Geschichtsforscher werden es stets beklagen, daß man die Entführung Adolf Eichmanns nicht zum Anlaß genommen hat, die Wahrheit über Hitlers »Endlösung der Judenfrage« unumstößlich festzulegen. Das hätte man so leicht durch die Bildung eines Tribunals aus hervorragenden Juristen neutraler Länder zuwege bringen können, welchem man Weisung erteilt hätte, alles vorliegende Beweismaterial zu untersuchen. Der Bericht eines solchen unparteiischen Tribunals wäre von der Nachwelt als überzeugend akzeptiert worden. Warum man diesen klaren Weg nicht gegangen ist, ist eines der Rätsel der jüngsten Vergangenheit. Der Urteilsspruch des jüdischen Gerichtshofes, der von den Urhebern der Entführung mit der Aufgabe betraut war, Eichmann den Prozeß zu machen, hat nicht mehr Gewicht als der nunmehr in Mißkredit geratene Schuldspruch des Internationalen Militärtribunals von Nürnberg. Wie Victor Gollancz, der namhafte jüdische Verleger in England, es in seiner kleinen Schrift »Der Prozeß Adolf Eichmann« (Gollancz, London 1961) erklärt hat, »Der eigentliche Wesensgehalt einer fairen Prozeßführung ist der Urteilsspruch einer dritten Partei.« Dann weist Gollancz darauf hin, es ginge

wider die menschliche Natur, wenn ein jüdisches Gericht es über sich gebracht hätte, vollkommen unvoreingenommen in der Sache über ein so großes Unrecht an der jüdischen Rasse zu befinden. Das Argument, die sogenannten Nürnberger Prozesse hätten ja einen Präzedenzfall geschaffen, ist von Gollancz verächtlich mit dem Satz abgetan worden, »Es ist mir nicht bekannt, daß dieses üble Beispiel nach juristischer Auffassung oder nach allgemein menschlichem Empfinden jemals als Festlegung eines Grundsatzes betrachtet worden ist.«

Die Generation, welche im 2. Weltkrieg unter rassischer Verfolgung gelitten hat, stirbt langsam aus; die Erinnerungen sind bereits getrübt und unzuverlässig geworden. Im Jahre 1961 hat man eine einzigartige Gelegenheit verstreichen lassen, die Tatsachen festzunageln, und die Wahrheit bleibt — und wird es zu einem großen Teil immer bleiben — durch die Mythen der Propaganda verdunkelt. Absolute Klarheit besteht einzig und allein darin, daß ein furchtbares Verbrechen an der Menschlichkeit begangen worden ist, aber sein Ausmaß bleibt Gegenstand unparteiischer Untersuchung, soweit das jetzt noch möglich ist.

Der zweite teuflische Plan, dessen Ausführung die Erinnerung an den 2. Weltkrieg so besudelt, zielte darauf hin, die moralische Haltung der deutschen Zivilbevölkerung durch Terrorbombenangriffe zu brechen. Seit die Identität des Urhebers von diesem Plan vor gut zwei Jahren enthüllt wurde, ist er nunmehr als Lindemann-Plan bekannt. Jetzt, wo die Wahrheit offiziell von der britischen Regierung bekanntgegeben worden ist, kann es gar keine Frage mehr darüber geben, ob das denkbar schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit wirklich begangen worden ist. Auch vor dieser Bekanntgabe bestand offiziell überhaupt kein Problem, da die Tatsache, daß die Royal Air Force Terrorangriffe gegen die Zivilbevölkerung flog, seinerzeit nachdrücklich und feierlich von der britischen Regierung dementiert worden war. Man hatte erklärt, daß, obwohl zweifellos eine gewisse

Zahl feindlicher Zivilisten durch Bomben umkäme, die militärischen Anlagen gegolten und bedauerlicherweise ihr Ziel verfehlt hätten, das Schicksal dieser Menschen sich aber keineswegs von dem britischer Zivilisten unterscheide, die im 1. Weltkrieg durch von den Zeppelinen des Kaisers geworfene Bomben zu Tode gekommen seien. In beiden Fällen sei es eigentliches Ziel gewesen, Forts, Kasernen, Waffendepots und ähnliche militärische Objekte zu zerstören; unvermeidlich jedoch seien in beiden Fällen gelegentlich Bomben danebengegangen und hätten beklagenswerte Verluste unter den Zivilisten verursacht. Daß die Royal Air Force bewußt versuchte, Zivilisten zu töten, sei nichts als eine böswillige Entstellung, die sich der lügenhafte Dr. Goebbels ausgedacht hätte.

Offen bleibt allerdings die Frage, ob sich damals viele Menschen in England durch die verlogenen Dementis des britischen Luftfahrtministeriums haben täuschen lassen. Am 11. März 1943 beispielsweise hat Captain Balfour, Unterstaatssekretär und Sprecher des Luftfahrtministeriums, feierlich im Unterhaus verkündet, »Ich kann die Versicherung abgeben, daß unsere Bombenziele beim Feind Industrien, Transportwesen und das Kriegspotential waren. Wir werfen keine Bomben auf Frauen und Kinder um des Bombenwerfens willen. Wenn deutsche Zivilisten bei der Durchführung unserer Absichten leiden, ist es ihr eigener Fehler.« Genau ein Jahr vor dieser nachdrücklichen Versicherung, so wurde jetzt bekannt, ist der Lindemann-Plan für Terrorluftangriffe vom britischen Kriegskabinett angenommen worden. Dementsprechend haben die Flugzeugführer der Bomber-Kommandos Instruktionen erhalten, ihre Angriffe auf dichtbewohnte Arbeiterviertel zu konzentrieren. Was den Wahrheitsgehalt dieser Versicherung anbelangt, darüber kann es daher keine Frage mehr geben. Selbstverständlich hat der Unterstaatssekretär nicht aus seiner persönlichen Kenntnis heraus von den Vorgängen gesprochen; er hat lediglich die Informationen weitergegeben, die ihm die Beamten

seines Ministeriums aufgetragen hatten. Mag sein, daß er niemals von dem Lindemann-Plan gehört und die ihm aufgegebenen Informationen geglaubt hat.

Auch der Luftfahrtminister, Sir Archibald Sinclair, hat vielleicht auch nur das wiedergegeben, was ihm die Beamten seines Ministeriums vorgetragen hatten, als er am 31. Mai 1943 Richard Stokes im Unterhaus versicherte, »Die Ziele des Bomber-Kommandos sind *stets* militärisch, aber Nachtangriffe gegen militärische Ziele schließen Bombenwürfe auf das Gebiet ein, wo diese militärischen Ziele liegen.« (Anm. d. Verf.: In dem kürzlich erschienenen Buch von David Irving, »The Destruction of Dresden«, Kimber, London 1963, ist eine Aufnahme mit folgender Unterschrift: »Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair im Gespräch mit einer Flugzeugbesatzung nach Entgegennahme des Einsatzbefehls.« Hiernach fällt es schwer zu glauben, daß Sinclair nicht gewußt hat, welche Befehle dieser Bomberbesatzung gerade erteilt worden sind.)

Ähnlich war es mit Viscount Cranbourne, dem Minister für die Dominions, als er am 10. Februar 1944 das Oberhaus unterrichtete: »Unsere intensiven Angriffe auf deutsche Städte sollen die feindliche Kriegsproduktion behindern und, wenn möglich, zum Stillstand bringen. Die *Royal Air Force* hat sich niemals zu reinen Terrorangriffen hergegeben.«

Unter Umständen ist auch Commander Brabner, Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium, wissentlich falsch unterrichtet worden, als er am 6. März 1945 im Unterhaus als Antwort an den hartnäckigen Richard Stokes die Erklärung des Obersten Alliierten Hauptquartiers, herausgegeben gleich nach dem entsetzlichen Angriff auf Dresden vor drei Wochen, daß dieser »das Ergebnis einer Entscheidung der Befehlshaber der alliierten Luftstreitkräfte gewesen sei, *vorsätzliche Terrorbombenwürfe* auf deutsche Wohnzentren zu unternehmen, als ein gnadenloses Mittel, um Hitlers Untergang zu beschleunigen«, feierlich als unrichtig abtat. Doch

bleibt die Frage bestehen, ob viele Zuhörer im Parlament den Versicherungen dieser Minister der Krone Glauben geschenkt haben oder ob die britische Öffentlichkeit sie als Wahrheit akzeptierte, als sie am nächsten Morgen darüber in der Presse las.
Das ist eine durchaus hierher gehörende Frage, weil nämlich, als die Ungeheuerlichkeiten, die in Auschwitz geschehen waren, publik gemacht wurden, weithin erklärt wurde, die deutsche Öffentlichkeit müsse gewußt haben, was hinter dem Stacheldraht jenes entlegenen Konzentrationslagers vor sich gegangen ist. Vorgebliche Unkenntnis, so wurde hervorgehoben, entbinde die Deutschen nicht von der Last der Schuld an den Vorgängen; ihr Schweigen liefe auf stillschweigende Billigung hinaus.
Genau das gleiche Argument trifft, allerdings weitaus stärker, auf die Verantwortung der britischen Öffentlichkeit im Hinblick auf die Terrorbombenwürfe zu. Zugestandenermaßen hatten damals nur wenige Menschen je von Lindemann gehört; aber damals hatten auch nur wenige Menschen in Deutschland irgendwann von Eichmann gehört. Also, obschon es denkbar ist, daß eine große Zahl von Häftlingen in einem entlegenen, streng bewachten Konzentrationslager in den Tod befördert werden konnte, ohne daß es weithin bekannt wurde, so war es offensichtlich ganz unmöglich, ein Terrorangriffsunternehmen durchzuführen, von dem ganz Mitteleuropa von Lübeck im Norden bis Mailand im Süden betroffen wurde, mit Tausenden von Flugzeugen, ohne daß die Art des Angriffs allgemein bekannt wurde. Genau genommen hat es nicht lange gedauert, bis jeder, der sich in England die Mühe machte, über die Sache nachzudenken, gewahr wurde, was da vorging. Einige rechtfertigten das allnächtliche grauenhafte Blutvergießen — unter Nichtachtung bereits offen zugegebener Tatsachen — mit der Feststellung, es sei nur eine Repressalie gegen die deutschen Luftangriffe auf England; andere blieben mit Captain Balfour dabei, daß die Verantwortung für dieses unaufhörliche Morden ja in Wirklichkeit bei dem

deutschen Volk läge, denn es könne die Terroraktionen doch jederzeit durch seine bedingungslose Kapitulation beenden. Doch die Intelligenteren vertraten den Standpunk, daß Deutschland den Krieg 1939 angefangen hätte, und somit die Verantwortung für alles, was diesem ersten Schritt gefolgt sei, auch Deutschland überlassen bleiben müßte.

Nach Ablauf von zwei Jahrzehnten stellt sich in abschließender Analyse heraus, daß das letztere Argument die einzig plausible Rechtfertigung für die Terrorangriffe in sich trägt. Wenn es zutreffen sollte, daß Deutschland 1939 mutwillig und ohne vorherige Provokation seine friedliebenden Nachbarn überfallen hat, dann waren diese friedliebenden Nachbarn auch im Recht, sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren, auch mit Terrorbombenwürfen. Die Frage, ob Bombenangriffe zu rechtfertigen sind, hängt daher vollständig von der Klärung der Frage über die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch von 1939 ab. Diese Frage wird im weiteren Verlauf der Ausführungen noch als Schlüsselproblem unserer Zeit zur Sprache kommen, denn auf ihrer Lösung beruhen so viele andere, ungelöste, ihm untergeordnete Probleme.

Bis vor sehr kurzer Zeit war man in England noch der Meinung, das Thema Terrorangriffe hielte keiner Prüfung stand, und so wurde ein strenges Tabu über alle diesbezüglichen Erörterungen verhängt, das sich auch mit beachtlichem Erfolg durchsetzte. Demzufolge war in England auch zwanzig Jahre lang praktisch nichts über den Massenangriff auf Dresden bekannt, ein Vorgang ohne Parallele in der europäischen Geschichte. Im Jahre 1948 allerdings hat der Verfasser bereits ein kleines Buch mit dem Titel »Advance to Barbarism« unter dem Pseudonym »A. Jurist« geschrieben, worin er auf die Zerstörung Dresdens hinwies als »den in einer einzigen grauenvollen Nacht erreichten Kulminationspunkt der vollen und letzten Konsequenzen jener Uneinigkeit, in der Europa seit Jahrhunderten befangen war.« Doch bot

das Buch keine Einzelheiten über diese Greueltat, und zwar ganz einfach darum, weil noch keine zur Verfügung standen. Dessen ungeachtet, das sei am Rande erwähnt, wurde das Buch rigoros von der Presse boykottiert. Fünf Jahre später kam eine stark erweiterte Fassung in den USA heraus*) mit beträchtlichen Einzelheiten aus deutschen Quellen, vornehmlich aus Axel Rodenbergers »Tod von Dresden«. Es ist schon recht beachtlich, daß, abgesehen von den in diesem Buch enthüllten Tatsachen, ebenfalls von der britischen Presse übergangen, eine Darstellung dieses beispiellosen Kriegsverbrechens erst 1963 mit dem Erscheinen des Buches »The Destruction of Dresden« von David Irving in englischer Sprache zu haben war.

Der Eiserne Vorhang diskreten Schweigens, der in England jede Erörterung der Terrorluftangriffe und anderer widriger Themen unterband, wurde 1961 zerrissen; nicht etwa als Folge geduldiger Forschungsarbeit eines gelehrten Geschichtswissenschaftlers, sondern durch einen beiläufigen Kommentar des bekannten Wissenschaftlers und Romanciers C. P. Snow in seiner kleinen Schrift »Science and Government« (deutsch: Politik hinter verschlossenen Türen, Wissenschaft und Staatsführung, Stuttgarter Verlagsanstalt, 1961), die er in Gegenüberstellung der Leistungen zweier miteinander rivalisierender Physiker verfaßt hat.

Seit Erscheinen dieser Schrift vor zwei Jahren ist eine kurze Passage daraus in jeder Schriftsprache der Welt zitiert worden. Hier mag es genügen, den Leser an die Worte Snows zu erinnern, daß »Anfang März 1942« das britische Kriegskabinett eine von Professor Lindemann eingebrachte Vorlage billigte, wonach anstelle von Angriffen auf militärische Ziele Bombenabwürfe aus der Luft auf die Behausungen der deutschen Arbeiterklasse konzentriert werden müßten, weil durch Anflüge auf dichtbesiedelte

*) Nelson Publishing Company, Appleton/USA 1953; deutsch zunächst im Nölkeverlag, Hamburg 1954, 2. rev. Aufl. Priester-Verlag, Wiesbaden 1962, jetzt Damm-Verlag München.

Arbeiterwohnviertel ein höherer Prozentsatz an Blutvergießen je Tonne Sprengstoff zu erzielen sei. (S. 44 f. der dtsch. Ausg.)
Da weitere Dementis und Geheimhaltung unmöglich geworden waren, wurde sechs Monate nach der verhängnisvollen Enthüllung Snows die ganze Geschichte des Bombenterrors unter dem Titel »The Strategic Air Offensive 1939-1945« von der königlichen Staatsdruckerei veröffentlicht; sie enthielt eine ausführliche, Entsetzen verursachende Aufzählung der Fakten aus offiziellen Akten und Statistiken. Das zuvor erwähnte Buch »The Destruction of Dresden« kann als eine inoffizielle Fortsetzung betrachtet werden, worin der Höhepunkt dieser sogenannten strategischen Luftoffensive geschildert wird.
Es ist in jüngster Zeit so viel über die Luftangriffe des 2. Weltkriegs bekannt geworden, daß jetzt nur noch wenig für die Historiker zu tun bleibt, das heißt, die umfangreichen Tatsachen durchzusehen und zu entscheiden, was, wenn überhaupt, als mildernder Umstand gesagt werden kann. Daß Professor Lindemann eine führende Rolle in diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit gespielt hat, ist keine Streitfrage mehr. In welchem Ausmaß der Plan jedoch von ihm selbst stammt, oder ob er lediglich Pläne von anderen übernahm und dann überarbeitete, muß noch herausgefunden werden. Viele Lücken in unserem Wissen müssen noch gefüllt werden; insbesondere die Zusammensetzung des britischen Kriegskabinetts, das, wie Snow enthüllt, die Annahme des Planes beschlossen hat. Die lückenlose Wahrheit wird vielleicht erst nach Veröffentlichung der umfangreichen Biographie Sir Winston Churchills bekannt, an der sein Sohn Randolph im Verein mit einem großen Stab von Mitarbeitern gegenwärtig noch schreibt. Vertraulich sagt man voraus, daß dieses viele Bände umfassende Monumentalwerk eine nahezu tägliche Aufzeichnung von der Geburt bis zum Tod »des größten Engländers aller Zeiten« enthalten wird, das heißt, alle seine Handlungen und all die großen Gedanken, die ihm in den Sinn kamen.

Es ist sehr zu hoffen, daß sich diese Vorankündigung erfüllt, denn in diesem Fall werden wir natürlich nicht nur erfahren, was in der Geheimkorrespondenz zwischen dem amerikanischen Präsidenten und Sir Winston Churchill steht, sondern auch, was sich in der folgenschweren Kabinettssitzung »Anfang März 1942« zugetragen hat, über die sich Snow so knapp ausgelassen hat; jene Sitzung, in der beschlossen wurde, daß die verderbenbringenden Ideen aus dem verschrobenen Hirn des Churchill-Freundes, des finsteren Lindemann (um Snow noch einmal zu zitieren) »in die Tat umgesetzt werden müssen, mit allen Anstrengungen, deren das Land fähig ist.«

Von nur einem der bereits angeführten Vorgänge, Pearl Harbour, kann behauptet werden, daß als Ergebnis kürzlicher Untersuchungen jetzt alle wesentlichen Fakten bekannt sind. Hinsichtlich der anderen ist die Wahrheit immer noch mehr oder weniger durch die Lügenmärchen der Kriegszeit verdunkelt. Die Historiker werden zweifellos noch viele Jahre weiterforschen und über Fragen diskutieren, bevor allgemein akzeptierte Klärungen herausgearbeitet sind.

All diese Fragen sind für die mit dem Studium des 2. Weltkrieges beschäftigten Gelehrten von großem Interesse, doch über keine von ihnen könnte man sagen, daß sie eine direkte Auswirkung auf gegenwärtige Ereignisse haben. Zu welchen Schlußfolgerungen die Historiker am Ende gelangen werden in Bezug auf die Charaktere und Ziele Franklin D. Roosevelts, Joseph Stalins und Winston Churchills, sie ändern nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion als Folge ihres gemeinsamen Wirkens eine der zwei größten Mächte der Welt geworden ist, in der Ausdehnung weit größer als die USA und in der Stärke ihr ernstzunehmender Rivale. In ähnlicher Weise bleibt es eine Tatsache, was immer man vom Charakter und den Leistungen Sir Winston Churchills halten mag, daß unter seiner Führung das Britische Empire auseinanderfiel und niemals wieder zusammengefügt werden kann.

Von nicht einer dieser Fragen kann man sagen, daß ihre Klärung von ausschlaggebend praktischer Bedeutung ist. Franklin D. Roosevelt mag ein verschlagener macchiavellischer Ränkeschmied gewesen sein; die Japaner mögen provoziert worden sein, Pearl Harbour zu überfallen; oder die Terrorluftangriffe mögen, wie Liddell Hart erklärt hat, »die barbarischste Methode des Kriegführens gewesen sein, die Europa seit dem Einfall der Mongolen erlebt hat.« Wenn die herrschende Auffassung von diesen oder einem halben Dutzend ähnlicher Fragen auch fallengelassen wird, es wird den künftigen Lauf der Geschichte unberührt lassen. Alle Versuche, diese Themen in einem neuen Licht zu betrachten, sind in der Tat auf heftigen Widerstand gestoßen, aber nur, weil die vorwaltende Ansicht über jeden einzelnen Fall eine weitere Bestätigung der Behauptung ist, daß der 2. Weltkrieg in seinem Wesenskern ein Kampf zwischen Gut und Böse gewesen sei. Diese Behauptung stützt sich nicht auf untergeordnete Argumente wie beispielsweise jene, daß Franklin D. Roosevelt ein Idealist reinsten Wassers war, die Japaner verräterische Orientalen, oder daß man Terrorluftangriffe als eine humane Methode der Kriegsführung betrachten muß, weil sie ausdrücklich dazu gedacht waren, die Feindseligkeiten zu einem raschen Ende zu bringen. Die These, der 2. Weltkrieg sei ein Kampf zwischen den Mächten der Finsternis und den Kindern des Lichts gewesen, gründet sich ausschließlich auf den Tatsachen, die zum Ausbruch des Krieges im September 1939 geführt haben.

3. Das größte internationale Verbrechen

Damals und zwanzig Jahre lang seither erschien der Verlauf der Ereignisse im Jahre 1939 so einfach und so klar, daß niemand einen Zweifel daran für möglich hielt. Sie schienen ohne jede Frage zu beweisen, daß Hitler nach von langer Hand vorberei-

teten Plänen, die Welt zu erobern, in jenem Jahr mutwillig in Polen eingefallen war. Mit anderen Worten, in jenem Jahr hat Hitler das größte Verbrechen, d. h. Planung und Führung eines Aggressionskrieges, begangen. Lord Justice Lawrence, der Präsident des Nürnberger Tribunals, hat, wenngleich er auch vorsichtig die Definition eines Aggressionskrieges umging, die Ungeheuerlichkeit dieses furchtbaren Verbrechens in folgenden feierlichen Worten formuliert:

> »Das Auslösen eines Aggressionskrieges ist das größte internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur darin unterscheidet, daß es die Summe aller Übel als ganzes umschließt.«

Es schien unbestreitbar, daß das deutsche Volk Hitler in diesem neu erdachten, größten internationalen Verbrechen unterstützt hatte. Ebenso unbestreitbar hatten sich die Deutschen daher eine horrende Schuld aufgebürdet. Im Vergleich mit dieser 1939 verursachten Belastung, wo sie als Nation das größte internationale Verbrechen begangen hatten, waren die weiteren Untaten, von einzelnen oder Gruppen von Deutschen während des Krieges begangen, relativ unbedeutend. Jede Art von Verbrechen einzelner war naturgemäß aus dem größten internationalen Verbrechen der ganzen Nation erwachsen. Seit der Zeit, als Deutschland 1945 von überlegenen Kräften niedergerungen worden war, haben die politischen und geistigen Anführer des deutschen Volkes alle Menschen deutschen Blutes dringlich ermahnt, für ihre Schuld in reuevoller Zerknirschtheit und durch Reparationen Buße zu tun. Das Gefühl der »Kollektivscham«, so wurde erklärt, müsse sie nicht nur von ihren tugendhaften Nachbarn, sondern von der ganzen Menschheit distanzieren. Auf keinen Fall dürften sie versuchen, Entschuldigungen für sich zu finden. Die Schuld an einem derart verruchten Verbrechen würde, wie schon in der Heiligen Schrift angedroht, ganz gewiß bis zur dritten und vierten Gene-

ration auf ihnen lasten; aber danach dürften sie anfangen, auf Vergebung zu hoffen. In der Zwischenzeit müßten sie hart arbeiten, frohgemut aller menschlichen Rechte entsagen und ohne zu fragen alle an sie gestellten Forderungen reichlich bezahlen. Erst in den letzten Jahren kamen gewisse amerikanische und britische Historiker darauf, daß die global herrschende Auffassung, die deutsche Regierung habe im September 1939 ein Verbrechen von beispielloser Ungeheuerlichkeit begangen, einmal überprüft werden müsse. Sehr bald erkannte man, daß ein bislang unverdächtigtes geschichtliches Problem kompliziertester Art ans Tageslicht gebracht worden war. Eine Prüfung der 1939 zwischen den europäischen Staatsmännern ausgetauschten Dokumente ergab, daß die Auffassung, Deutschland habe in jenem Jahr die Rolle des grimmigen Wolfes inmitten einer Herde friedlicher Schafe gespielt, jeder Grundlage entbehrte. Das Nürnberger Tribunal hatte wirklich keine Schwierigkeiten, zu diesem Schluß zu kommen; aber nur deshalb, weil das ihm vorgelegte Beweismaterial sorgfältig ausgesucht war, und alle Fakten, die diesen Standpunkt nicht untermauerten, als irrelevant abgewiesen worden waren. Historikern, die heraufzufinden suchten, was 1939 nun wirklich vorgegangen war, begann das Thema in einem neuen und verwirrenden Licht zu erscheinen.

Die Bestürzung und Unruhe, von denen orthodoxe Historikerkreise allenthalben unmittelbar darauf auf Grund dieser Untersuchungen erfaßt wurden, zeigten deutlich, daß die Fakten bezüglich des Kriegsausbruchs von 1939 ein Thema von vital praktischer Bedeutung anrührten. Nach Ablauf von zwei Jahrzehnten hatten sich die meisten Historiker der Notwendigkeit gefügt, viele hilfreiche Kriegszeitmythen, die schon längst keinen Sinn mehr hatten, allmählich und so unauffällig wie möglich aufzugeben. Man kam endlich dahinter, daß die Arbeiten solcher Historiker wie des Alt-Zionisten Sir Lewis Namier und Politiker wie Sir Winston Churchill mehr als romantische Propaganda

denn als Geschichte betrachtet werden mußten. Nachdem Terrorluftangriffe erst einmal offiziell zugegeben worden waren, konnte man sich unmöglich noch weiter zum Glauben an die amtlichen Versicherungen Sir Archibald Sinclairs vor dem Unterhaus bekennen, diese Angriffe seien lediglich das Produkt der teuflischen Phantasie des Dr. Goebbels gewesen. Das Märchen aus Kriegszeiten, daß Stalin ein wohlwollender Herrscher und loyaler Bündnispartner im Kreuzzug gegen den Faschismus gewesen sei, konnte nur aufrechterhalten werden, wenn man die vernichtenden Enthüllungen seines treuen Dieners Chruschtschow über sein wahres Wesen ignorierte; eine ständig wachsende Anhäufung unbestreitbarer Fakten hatte die Erhaltung des Roosevelt-Mythos gleichermaßen unmöglich gemacht. Orthodoxe Historiker gaben zu, wenngleich mit Bedauern, daß der wechselnde Wind diese ehemals nützlichen Kriegszeitfiktionen fortgeblasen hatte. Von ihrem Fortfall brauchte man allerdings auch keinen wirklich ernsthaften Schaden zu befürchten.

Aber die Wahrheit hinsichtlich des Kriegsausbruchs 1939 war etwas ganz anderes. Politische Zweckmäßigkeit machte es erforderlich, daß die Deutschen mit ihrer Schuldbeladenheit auch weiterhin als Außenseiter der menschlichen Gesellschaft gelten mußten, weil sie die Handlungen ihrer Oberen in jenem entscheidenden Jahr unterstützt hatten; es war angebracht, das deutsche Volk in seiner »Kollektivscham« zu belassen, wegen der Vorgänge, die zum Ausbruch des 2. Weltkriegs geführt hatten. Solange es sich von »Kollektivscham« bedrückt fühlte, würde es sich unterwürfig und tolerant gegen Ungerechtigkeiten verhalten. Die Konservierung der »Kollektivscham« sollte den künftigen Verlauf der Geschichte entsprechend nachhaltig beeinflussen.

4. Das Schlüsselproblem unserer Zeit

Unter den ungelösten geschichtlichen Problemen, die jetzt noch der Klärung harren, ist daher die Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des 2. Weltkriegs von einzigartiger Bedeutung. Sie ist kein rein akademisches Problem. Keine Frage der Wahrheitsfindung für irgendein Ereignis der Vergangenheit. Ihre Klärung muß ganz unvermeidlich den künftigen Gang der Geschichte stark beeinflussen. Sie kann durchaus das Schlüsselproblem unserer Zeit genannt werden, weil sich aus der endgültig akzeptierten Auffassung von den Vorgängen des Jahres 1939 die Stellung ergibt, die man zu den aus dem 2. Weltkrieg herrührenden Nebenfragen und ihrer klärenden Einordnung einnehmen muß.

Nachdem jetzt die zum Schlüsselproblem gehörigen Tatsachen endlich Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Untersuchung und Studien geworden sind, ist es bereits offenkundig, daß man möglicherweise bei einer der folgenden klaren Lösungen bleibt: Erstens ist da, was man als die orthodoxe Lösung bezeichnen mag; eine Lösung, die für die Sieger schon während des Kampfes als unanfechtbar galt und 1945 von den Besiegten unter Druck hingenommen worden ist. Nach jenen Historikern, die sie immer noch als der Wahrheit entsprechend verfechten, zeigt das Beweismaterial, daß Deutschland 1939 willkürlich seine friedliebenden Nachbarn überfiel und demzufolge alleinschuldig am Ausbruch des 2. Weltkriegs ist.

Zweitens heben einige Historiker mit Nachdruck hervor, aus dem Beweismaterial gehe hervor, daß alle beteiligten Mächte mehr oder minder schuldig am Ausbruch der Feindseligkeiten im September 1939 gewesen sind. Geht man von der Annahme aus, daß der Schritt zum Kriege ein Verbrechen per se sei, so sei daraus zu folgern, daß darüber entschieden werden müsse, in welchem Verhältnis die Schuld an diesem Verbrechen unter den Kriegführenden aufgeteilt werden soll.

Kürzlich ist eine dritte Lösung vorgebracht worden, die sehr rasch einen breiten Kreis von Förderern fand. Jene Historiker, die sich zu dieser Lösung bekennen, bestreiten die Annahme, daß der Schritt zum Kriege ein Verbrechen per se ist, und argumentieren, alles hänge von den Umständen jedes einzelnen Falles ab. Sie lehnen es ab, den hochtrabenden Worten des Lordrichters Lawrence in Nürnberg von der Ungeheuerlichkeit des Verbrechens, einen Aggressionskrieg zu führen, irgendwelches Gewicht beizumessen, da er nicht zu definieren vermochte, was er mit einem Aggressionskrieg meinte. Betont heben sie hervor, daß der 1939 ausgebrochene Krieg kein Verbrechen gewesen ist, es sei denn, der Schritt zum Krieg jeder Art ist ein Verbrechen per se. Wenn dieses aber klar der Fall sein sollte, dann hat Deutschland in jenem Jahr keine Kriegsschuld auf sich geladen und auch keine der anderen betroffenen Mächte. Sie machen geltend, es gehe aus dem Beweismaterial hervor, daß niemand 1939 den Krieg gewollt hat; Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Polen hätten sich aber in eine Lage hineinmanövriert, die unumgänglich zum Ausbruch der Feindseligkeiten geführt hätte.

Wäre die Verantwortung für den Kriegsausbruch lediglich ein akademisch-historisches Problem gewesen, so hätte man zweifellos sehr schnell eine für die meisten einsichtigen Historiker annehmbare Lösung gefunden. Jedoch die Kernpunkte, um die es ging, waren viel zu wichtig und von zu weittragender Bedeutung, um sie der reinen Geschichtswissenschaft zur Entscheidung zu überlassen. Den Politikern war es klar, daß es die Zweckmäßigkeit erfordert, die ein Vierteljahrhundert lang als einleuchtend hingenommene Auffassung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es lag selbstverständlich in der Natur der Sache, die Politiker mußten dieses spezielle historische Problem als einen politischen Faktor betrachten. Merkwürdig ist daran nur, daß er solch enthusiastischen Zuspruch von so vielen professionellen, namhaften Gechichtswissenschaftlern erhielt. In England hat Pro-

fessor Trevor-Roper alles Forschen scharf verurteilt, wodurch das öffentliche Vertrauen zu einer Lösung erschüttert werden könnte, die sich so lange schon so glaubhaft mit den Tatsachen zu decken schien. In Deutschland hat der Rektor der Universität Tübingen, Professor Eschenburg, erklärt: »Wer die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik.« Diese Äußerung, das sei am Rande bemerkt, erhielt die emphatische Zustimmung des amerikanischen Historikers Dr. Harry Elmer Barnes, welcher schrieb, »Rektor Eschenburg hat völlig recht; wenn die Tatsachen zur Verantwortung für 1939 klar feststünden, dann würde der ganze Aufbau der Nachkriegsregelung wie ein Lügengespinst zerfallen, das noch stärker ist als jenes, worauf sich Artikel 231 des Versailler Vertrages gründet.« Schließlich ging Professor Walther Hofer, ehemals an der Freien Universität Berlin, noch weiter, indem er behauptete, daß eine objektive Geschichtsschreibung über die Ursachen des 2. Weltkriegs nur »die historische Wahrheit verfälschen würde«, da die üblichen Methoden der geschichtlichen Forschung nicht geeignet seien, sich mit dem Teufelsgeist, repräsentiert durch Hitler, auseinanderzusetzen.

Die allgemeine Öffentlichkeit hatte sich längst daran gewöhnt, die Verantwortung für den Kriegsausbruch 1939 als etwas Feststehendes und außerhalb jeder möglichen Frage anzusehen. Da die herrschende Auffassung niemals von irgendwem bestritten worden war, nahm man an, sie gründe sich auf Tatsachen. Dieser Standpunkt wurde mit großer Klarheit im Herbst 1962 in West-Berlin während eines Prozesses gegen eine Studenten-Organisation vorgetragen, als der Gerichtsvorsitzende, Landgerichtsdirektor Wieneke erklärte, »die von den Angeklagten betriebene Behandlung der Kriegsschuldfrage weicht von den objektiven historischen Erkenntnissen ab und enthält daher unwahre Behauptungen.« Er setzte hinzu: »Es ist doch eine geschichtliche Tatsache, daß alle Spannungen in Europa nur eine Folge von Hitlers angezetteltem und verlorenem Kriege sind.«

Mit anderen Worten, Landgerichtsdirektor Wieneke vertrat den Standpunkt, daß die »Alleinkriegsschuld Deutschlands« eine feststehende geschichtliche Tatsache ist. Jedes Buch, das diese Tatsache bestreitet, muß also notwendigerweise Nonsens sein und schlichte Zeitverschwendung für jeden, der es liest. Die gleiche Ansicht über diesen Punkt war von dem Bonner Militärhistoriker Hans-Adolf Jacobsen verbreitet worden in Bezug auf Professor Hoggans Werk „Der erzwungene Krieg". Wie zuvor bereits vermerkt, hatte dieser gelehrte Historiker die Argumente des amerikanischen Professors mit der brüsken Bemerkung abgetan, »es lohnt sich einfach nicht, dieses Buch zu lesen.«

Um mit einer autoritativen Meinung zum Thema Verantwortung für den Kriegsausbruch 1939 hervorzutreten, bedarf es eines langen Studiums und der Kenntnis von einem halben Dutzend Sprachen. In seinem oben erwähnten Buch führt Professor Hoggan nicht weniger als 134 polnische Originaldokumente an, um seine Schlußfolgerungen zu untermauern. Landgerichtsdirektor Wieneke hat offenbar keine sonderlichen Qualifikationen für sich beansprucht, die ihn zu Meinungsäußerungen über eine historische Frage berechtigen; auch hat er genau genommen nicht bekundet, sich mit eingehenden Studien zum Thema befaßt zu haben. Im Gegenteil, seinen Worten ist zu entnehmen, daß er es für Zeitverschwendung erachtet, wenn sich jemand damit befaßt, da die Fakten doch für jeden zum Allgemeinwissen gehören. Eine Authorität zur Untermauerung seines Arguments, daß die »Alleinkriegsschuld Deutschlands« eine von allen anerkannte Tatsache ist, hat er nicht benannt.

Dieses ist an sich schon bemerkenswert, denn er hätte so leicht erklären können, das Thema sei res judicata, über die endgültig durch jenes erhabene Gremium, das Internationale Militär-Tribunal, bestehend aus acht erfahrenen britischen, amerikanischen, französischen und russischen Richtern, entschieden worden ist, nachdem diese den Fall über ein Jahr lang in Nürnberg geprüft

hatten, um dann zu dem einhelligen Schluß zu kommen, daß der Krieg 1939 als Folge eines verbrecherischen Anschlags Adolf Hitlers zur Eroberung der ganzen Welt ausgebrochen sei.

5. Eine makabre Farce

Die Erklärung dafür ist wahrscheinlich die: Landgerichtsdirektor Wieneke hat erkannt, daß die sogenannten Nürnberger Prozesse so völlig in Mißkredit geraten sind, daß niemand das Nürnberger Gericht als maßgebende Autorität für irgendetwas anführen kann! In England jedenfalls stimmen die meisten Menschen mit der vor nicht allzu langer Zeit geäußerten Ansicht des Oxford-Historikers A. J. P. Taylor überein, daß die Nürnberger Prozesse »eine makabre Farce« gewesen sind (siehe Taylors Rezension des Buches von James Leasor, »The uninvited Envoy« im »Observer« vom 6. Mai 1962).

Nun waren die Nürnberger Prozesse zu dem ausdrücklichen Zweck in Szene gesetzt worden, schlüssig die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkriegs festzulegen, und zwar durch das feierliche Verdikt eines, wie man vorgab, Gerichtshofes. Der gewünschte Schuldspruch wurde pflichtgemäß verkündet und erhielt den Beifall der ganzen Welt, weil die Sache damit ein für allemal geregelt war. Da es nach wie vor politisch zweckmäßig ist, Deutschland als alleinschuldig am Ausbruch der Feindseligkeiten hinzustellen, werden die gegenwärtigen Versuche, die wahren Tatsachen ans Tageslicht zu bringen, scharf verurteilt. Es ist daher seltsam, daß es niemand wagt, sich offen hinter die Gültigkeit der Nürnberger Prozesse zu stellen. In einer Fernsehdebatte am 9. Juli 1961 zwischen Dr. A. J. P. Taylor, der seine Schlußfolgerungen aus seinem bereits erwähnten Buch erneut betonte, und Professor Trevor-Roper, der seine Meinung verteidigte, Deutschland sei alleinschuldig, hat sich keiner dieser

beiden gelehrten Herren auf die Konklusionen des Lordrichters Lawrence und seiner Richterkollegen in Nürnberg berufen. In völliger Uneinigkeit über alles andere stimmten sie stillschweigend darin überein, daß das Nürnberger Verdikt nicht der Erwähnung wert war. Heute findet sich niemand, der an dem Prinzip festhält, worauf die Nürnberger Prozesse begründet wurden; doch 1945 haben viele Rechtsanwälte in Amerika, England und Frankreich dieses Prinzip akzeptiert und es verteidigt, nämlich, *daß ein Ankläger eine geeignete Person sei, als Richter über seine eigenen Anklagen zu befinden.* Jetzt gibt jedermann zu, daß die Nürnberger Prozesse ein Justizirrtum auf seiten der Sieger gewesen sind, und je schneller sie vergessen, desto besser.

In Deutschland ist Dr. Taylor beachtliche Publizität zuteil geworden, weil er die Nürnberger Prozesse als makabre Farce verwirft. In England andererseits ließ man diese seine Äußerung unbeachtet, ja, sogar ohne ein Wort des Protestes verhallen. Dieses ist an sich schon bemerkenswert, weil immer noch viele angesehene Juristen am Leben sind, die an diesen Prozessen mitgewirkt haben, einige von ihnen sitzen jetzt in hohen Ämtern; sie alle hätten sich sehr wohl beschweren können, es sei eine starke Verleumdung zu sagen, sie hätten in Nürnberg nur vorgetäuscht, für die Gerechtigkeit zu wirken, und in Wahrheit nur in einer grotesken Burleske mitgespielt. Und wie um keinen Zweifel an dem aufkommen zu lassen, was er mit Nürnberg als makabrer Farce hatte sagen wollen, hat Taylor hinzugesetzt: »Es ist befremdend, daß ein englischer Richter gefunden werden mußte, der in diesen Verfahren in Nürnberg den Vorsitz übernahm, und befremdend, daß englische Juristen, einschließlich des Lordkanzlers, dabei sein mußten.« Dennoch haben sich diese angesehenen englischen Juristen alle dahingehend entschieden, daß es sich hier um einen Fall handelt, in dem Besonnenheit den besseren Teil des Mutes darstellt. Dr. Taylor selbst hat die gleiche kluge Zurückhaltung geübt, als die Prozesse noch liefen und er, was immer er persönlich

darüber gedacht haben mag, klügliches Schweigen bewahrte. Wenn seine verspätet zum Ausdruck gebrachten Ansichten über die Nürnberger Prozesse daher auch begrüßenswert sind, so hat er keinen Anspruch darauf, zu denen gezählt zu werden, die diese Prozesse verurteilten, als sie noch verhandelt wurden. Der Verfasser beispielsweise hat das gleiche, was Dr. Taylor heute äußert, mit anderen Worten schon 1948 in seinem bereits erwähnten Buch »Der Barbarei entgegen« gesagt. Noch stärker klang die Verurteilung durch den namhaften englischen Publizisten Montgomery Belgion in seinem Buch »Epitaph on Nuremberg« (Falcon Press, London 1946), worin er schrieb, »Die Sieger haben wirklich eine erstaunliche Verachtung für Gerechtigkeit und Wahrheit bezeugt und einen wahrhaft pathetischen Hang zur Sophisterei durch ihr Bemühen, die Schuld am Ausbruch des Krieges von 1939 über den Besiegten zu verhängen, und das mit Hilfe eines angeblichen Rechtsverfahrens« (S. 74). Dann hieß es schneidend: »Dieser Prozeß fand statt, um der Behauptung den trügerischen Anschein zu geben, Deutschland habe 1939 den Krieg verursacht. Es war ein Akt hoher Politik, mit dessen Durchführung das Nürnberger Tribunal betraut war, als es die Aufgabe erhielt, das Urteil über den Angeklagten zu verhängen.« (S. 86) Fast zwanzig Jahre nach Niederschrift dieser kühnen Worte hat sich die Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges von 1939 schließlich als das Schlüsselproblem unserer Zeit herausgestellt. Wenngleich 1945 auch ganz allgemein die Überzeugung vorherrschte, von keinem in Frage gestellt, daß Deutschland alleinschuldig war, konnten die Politiker — in Kenntnis der ungeschminkten Tatsachen — wohl doch nicht darauf bauen, daß diese Überzeugung einer Nachprüfung standhalten würde, denn sonst hätten sie die Nürnberger Prozesse nicht zu dem ausdrücklichen Zweck inszeniert, um, wie Montgomery Belgion sich ausdrückte, die Vorstellung zu schaffen, daß die Sache in »einem vorgeblichen Rechtsverfahren« untersucht und entschieden wor-

den war. Wären Verleumdungsklagen von den Juristen erhoben worden, die sich durch eine derart unverhüllte Kritik diffamiert fühlten, dann hätte sich die öffentliche Meinung in England 1945 völlig auf die Seite jener gestellt, die, und das ohne Zweifel ehrlich, als ehrenhafte Männer betrachtet wurden und damit befaßt waren, notorische Verbrecher vor Gericht zu stellen. Die Nürnberger Prozesse haben jedoch keine Verleumdungsklagen nach sich gezogen. Die Politiker, welche diese Prozesse aufzogen, erkannten deutlich, daß jede öffentliche Diskussion ihrer Gültigkeit vermieden werden mußte. Anders als die Juristen, die in den Prozessen mitwirkten, kannten sie selbstverständlich die vollen Fakten, die der allgemeinen Öffentlichkeit seinerzeit ganz unbekannt waren. Insbesondere wußten sie, daß einer der vorsitzführenden Richter, General Nikitschenko, auf der im Herbst 1945 abgehaltenen Konferenz in London zur Vorbereitung der Prozesse gegen die NS-Führung erklärt hatte, die einzige Aufgabe des Tribunals sei, die Entschließung der Staatsoberhäupter während der Jalta-Konferenz zu manifestieren, daß die Angeklagten schuldig seien. Diese Tatsache ist erst publik geworden, als das US-Außenministerium sie 1949 bekanntgab.

Es wird anheimgestellt, daß dieses sorgsam vorbereitete Unterfangen, eine unparteiische Untersuchung der Tatsachen zum Kriegsausbruch 1939 im Keim zu ersticken, indem man einen Prozeß abhält und dabei eine vorher vereinbarte Entscheidung über diese Tatsachen verkündet, schon in sich selbst sehr kennzeichnend ist. In Strafrechtsverfahren ist häufig der Versuch einer angeklagten Person, Beweismaterial zu vernichten oder zu unterdrücken, falsche Beweise herzustellen, oder eine Spur anzugeben, die auf die Schuld eines anderen hinweist, der überzeugendste Teil einer auf Indizienbeweisen basierenden Anklage. Nichts weist deutlicher auf ein Schuldbewußtsein hin. Weit entfernt davon, ein Urteil zu fällen, das die Alleinschuld Deutschlands im Jahre 1939 zur res judicata machte, die Tatsache, daß die Sieger

1945 die Nürnberger Prozesse inszenierten, ist als solche schon ein starker Beweis für ihr Schuldgefühl.

In einer kurzen Studie wie dieser ist es unmöglich, sich mit allen Fakten zu befassen, die seit 1945 ans Tageslicht gekommen sind und das Schlüsselproblem unserer Zeit betreffen. Der gegenwärtige Status läßt sich in der Feststellung zusammenfassen, daß einige namhafte Historiker immer noch der Ansicht sind, Deutschland allein sei schuldig zu sprechen für den Kriegsausbruch von 1939; andere Historiker, ebenso namhaft, behaupten, die Verantwortung müsse unter allen betroffenen Mächten aufgeteilt werden; während wieder andere verfechten, weder Deutschland noch irgendeine andere Macht sei schuld gewesen; die Feindseligkeiten seien die unbeabsichtigte Folge einer Situation gewesen, in die sich alle Belligerenten selber hineinmanövriert hätten.

Sehr wahrscheinlich wird sich diese Auseinandersetzung noch lange Zeit hinziehen, bis eine generelle Übereinstimmung erzielt ist, welche der drei Auffassungen richtig ist. Was sich aber nunmehr als universell akzeptierte Auffassung von den Nürnberger Prozessen herausgeschält hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schuld am Kriegsausbruch von 1939. Zur Zeit der Prozesse haben Historiker wie Sir Lewis Namier die Verfahren als rechtmäßiges und lobenswertes Tun angesehen, das allein dazu diene, eine Bande gefaßter Verbrecher dem Gericht zu überantworten. Diese Auffassung ist damals von Montgomery Belgion in seinem erwähnten Buch und vom Verfasser in seinem »Der Barbarei entgegen« angefochten worden. Vor nicht allzu langer Zeit hat sich, wie wir gesehen haben, auch der Oxford-Historiker Taylor verspätet zu diesem Standpunkt bekehrt. »Die für das Gericht zur Vorlage ausgesuchten Dokumente«, schreibt er, »wurden nicht nur ausgewählt, um die Kriegsschuld der angeklagten Männer zu beweisen, sondern auch, um die der Kläger-Mächte zu verbergen.« Einige mögen es für sehr kennzeichnend halten, daß der Standpunkt der Richter von Nürnberg zum Ausbruch der Feindselig-

keiten 1939 im wesentlichen der gleiche ist, den die meisten Menschen nach dem 1. Weltkrieg über dessen Ausbruch vertreten haben.

Viele Jahre nach 1918 war man außerhalb Deutschlands ganz allgemein der Auffassung, daß der Krieg von 1914 als Folge eines Anschlags Kaiser Wilhelm II. gewesen ist, die Welt zu erobern. Heute glaubt das niemand. Als Ergebnis geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen ist das, was in der Erinnerung nur noch als Legende vom bösen Kaiser existiert, in nichts zerstoben. Sie ist offiziell von der britischen Regierung in einer Sendung der BBC am 15. Juni 1959 anläßlich des hundertsten Geburtstags des Kaisers endgültig widerrufen worden. In dieser denkwürdigen Sendung, an der sich Prominente der britischen Öffentlichkeit beteiligten, wurde vorbehaltlos zugegeben, daß Wilhelms Charakter und Außenpolitik zu Propagandazwecken gröblich entstellt worden waren. Es wurde erklärt, Kaiser Wilhelm II. sei ein fähiger Mann mit guten Absichten gewesen, der seine Intelligenz fälschlich für staatsmännische Begabung gehalten habe, ein Mensch, der »das pöbelhafte, geschäftige, aggressive Zeitalter, in dem er lebte, mißverstand, und dessen Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges von 1914 fraglos gering war im Vergleich zu der eines Iswolski und Graf Berchtolds.« Wir können sicher sein, daß eine solche Sendung, in der das grundlegende Argument der britischen Propaganda des 1. Weltkrieges widerrufen wurde, nur mit ausdrücklich amtlicher Zustimmung stattfinden konnte, der sorgfältige Erwägungen auf höchster Ebene vorausgegangen waren.

Man wird doch gewiß zugeben müssen, es ist ein ungemein kennzeichnender Vorgang, daß die Sieger von 1945 ganz genau die gleichen Anschuldigungen gegen Hitler vorzubringen hatten, wie es die Sieger von 1918 gegen Kaiser Wilhelm II. getan haben.

Diese Tatsache allein berechtigt schon dazu, die in Nürnberg erhobenen Anklagen gegen die überlebenden Mitglieder und pro-

minenten Anhänger der Hitler-Regierung mit Argwohn zu betrachten. Wäre Kaiser Wilhelm II. damals von Holland ausgeliefert und vor ein Gericht gestellt worden — kann man da zweifeln, daß ein Gericht mit von den Regierungen der siegreichen Mächte bestellten Richtern ihn einhellig für schuldig befunden hätte? Zu den Parlamentswahlen im Jahre 1919 hatte Lloyd Georges Wahlslogan gelautet »Hängt den Kaiser« und nicht etwa, man beachte, »Den Kaiser vor Gericht stellen«. Wie sich lange nach Beendigung der Nürnberger Prozesse herausstellte, hatte einer der Richter, General Nikitschenko, vor Beginn dieser sogenannten Verfahren erklärt, die einzige Aufgabe des Tribunals sei es, die von seiten der Staatsoberhäupter in der Jalta-Konferenz gefällte Entscheidung zu bestätigen, daß die Angeklagen schuldig seien. Hätte man ein Gericht einberufen, um über den Kaiser zu verhandeln, wäre es nicht auch dessen Aufgabe gewesen, den Amtsstempel unter eine Entscheidung zu setzen, zu der man bereits unter absolut ähnlichen Umständen wie jene von 1945 gelangt war? Wie dem auch sei, die Anklagen, die man 1919 gegen den Kaiser vorgebracht hätte, wären identisch mit jenen gewesen, die man ein Vierteljahrhundert später gegen die »NS-Hauptkriegsverbrecher« in Nürnberg erhoben hat.

Wenn heute jeder zugibt, daß die Legende vom bösen Kaiser eine Propagandalüge gewesen ist, ist es da nicht wahrscheinlich, daß die ähnlich lautenden Anklagen gegen Hitler sich auch als Propagandalügen erweisen, die man zu just dem gleichen Zweck erfunden hat?

Die Legende vom bösen Kaiser wurde von den Siegern des 1. Weltkriegs verwandt, um den diktierten Vertrag von Versailles zu rechtfertigen — ergo — die Annexion deutschen Territoriums, die Verteilung aller überseeischen Besitzungen Deutschlands ohne Kompensation und die Erpressung ungeheurer Kriegsentschädigungen zu rechtfertigen. Die Friedensbedingungen waren eingestandenermaßen unvereinbar mit den Voraussetzungen,

unter denen die Besiegten ihre Waffen niedergelegt hatten, aber man stimmte generell darin überein, daß Deutschland die härteste Behandlung verdiente, weil der deutsche Kaiser die Welt mutwillig in einen Krieg gestürzt hatte, um seinen verruchten Ehrgeiz zu befriedigen, die ganze Menschheit unter das Joch seiner Herrschaft zu bringen. Betrachtet man die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen, der Vierzehn Punkte Wilsons und der Ziele, für die zu kämpfen die Sieger bekundet hatten, ist das Versailler Diktat unleugbar ein grober Vertrauensbruch gewesen, beispiellos in der Geschichte. Er konnte nur als eine gerechte, wenn auch harte Strafe für rücksichtslose Aggression verteidigt werden.
In genau der gleichen Weise kann die Anklage, daß Deutschland allein verantwortlich für den Ausbruch des 2. Weltkrieges gewesen ist, benutzt werden, um eine Rechtfertigung für die Annexion aller deutschen Lande östlich der Oder-Neiße-Linie durch Polen zu offerieren.

6. Ein unentbehrlicher Schwindel

Nachdem die Landkarte von Europa 1919 erst einmal neu gezeichnet war und die Sieger sich legal in den Gebieten eingerichtet hatten, die sie sich selber übereignet hatten, verloren die Politiker jedes Interesse an einem Gegenstand, den sie den Historikern zur fruchtlosen Diskussion einer nurmehr akademischen Frage überließen. Zu welchen Schlüssen immer die Geschichtswissenschaftler hinsichtlich der Schaffung des polnischen Korridors, der Annexion Eupens und Malmedys durch Belgien und der Annexion Südtirols durch Italien kommen würden, daran konnte keiner etwas ändern. Das war zumindest die vertrauensvolle Ansicht der Politiker. Unrechtsverhältnisse wie diese konnten nur durch Krieg beseitigt werden, und dieser Weg war nicht gangbar, da man einen Krieg, den man, wie bekundet, geführt hatte, um dem

Krieg für immer ein Ende zu machen, ja eben gerade gewonnen hatte.

Die jetzt vorherrschende Situation ist allerdings eine ganz andere: es ist noch kein Friedensvertrag unterzeichnet worden, der den 2. Weltkrieg beendet. Nach internationalem Recht sind Breslau und Stettin genau so gut deutsche Städte wie Frankfurt/Main und Köln; die gegenwärtigen Bewohner Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens sind lediglich fremde Eindringlinge, die sich auf deutschem Boden niedergelassen haben. Das einzige, was rechtlich gesehen geschah, ist, daß die Mächte, die Deutschland 1945 besiegt haben, bestimmten, daß Polen diese Provinzen weiterhin besetzt halten sollen, bis ein Friedensvertrag unterzeichnet ist. Bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags können es sich die Politiker nicht leisten, zu sagen, sie seien am Recht und Unrecht der gegenwärtigen De-facto-Situation nicht interessiert. Das Argument, Deutschland hätte die Welt 1939 mutwillig in einen Krieg gestürzt, wird einem wesentlichen politischen Zweck dienen, wenn endlich der Zeitpunkt da ist, um die Bedingungen für einen Friedensvertrag zu erörtern, der den 2. Weltkrieg zum Abschluß bringt.

Man sagt im Englischen, daß die Wahrheit am Ende immer herauskommt.

Manche meinen, es müsse heißen, »Die Wahrheit wird immer herauskommen, vorausgesetzt, es ist nicht jemand daran interessiert, daß sie verborgen bleiben muß.« Die folgenden Zeilen, wie sich unschwer erkennen läßt, stammen von einem englischen Dichter:

»When all its work is done, the lie shall rot
The truth is great and shall prevail
When none cares whether it prevail or not«.
(Wenn sie ihr Werk getan, vermodern die Lügen;
Wahrheit ist groß, ob's wen schert oder nicht —
Sie wird obsiegen!)

Als A. J. P. Taylors Buch »Die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs« 1962 erschien, äußerte sein Kollege und Rivale an der Universität Oxford, Hugh Trevor-Roper, erbittert: »Dieses Buch wird irreparablen Schaden anrichten.«

Trevor-Roper sprach wohlgemerkt nicht als Historiker zu einem Thema, mit dem er sich eingehend befaßt hatte. In der bereits erwähnten Fernseh-Diskussion mit Taylor am 9. Juli 1961 hat ihm letzterer offen und ziemlich unfreundlich bedeutet, »Die Schwierigkeit, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen, liegt darin, daß Sie die Tatsachen und Zahlen nicht kennen.« Das war allerdings während der ganzen Debatte deutlich zu spüren. Trevor-Roper war als Professor für Moderne Geschichte unter Hintansetzung Taylors an die Universität Oxford berufen worden, teils aufgrund seiner Studien im Bereich der Dichtkunst und ecclesiatischen Geschichte des 17. Jahrhunderts, worin er als anerkannte Authorität gilt, und teils darum, weil man sich auf seine streng orthodoxe Geisteshaltung verlassen konnte, aus der Schlußfolgerungen mit Aussicht auf amtliche Zustimmung entpringen würden. Als er nun erklärte, Taylors Buch würde »irreparablen Schaden anrichten«, sprach er als praktisch denkender Mann, der sich für die Politik der Gegenwart interessiert und sich Gedanken über Probleme der Gegenwart und Zukunft macht. Sein so vehement zum Ausdruck gebrachter Standpunkt ist kurz gesagt der, daß es noch Zeit genug ist, diese Dinge zu untersuchen und die gezogenen Schlüsse zu veröffentlichen, wenn sie keine praktische Bedeutung mehr haben. Die Wahrheit kann erst dann gefahrlos obwalten, sobald, wie der weiter oben zitierte Dichter sagt, »es keinen mehr schert, ob sie siegt oder nicht.« Bis zu diesem Zeitpunkt ist es zweckmäßig, dabei zu bleiben, daß Deutschland alleinschuldig ist daran, daß der Krieg 1939 ausgebrochen ist. Pragmatisch gesehen war die Alleinkriegsschuld Deutschlands eine Tatsache; sie mit Zweifel zu belegen würde »irreparablen Schaden« anrichten.

Der Leser wird sich der Äußerung Professor Eschenburgs von der Universität Tübingen erinnern: »Wer die Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg bezweifelt, zerstört die Grundlage der Nachkriegspolitik.« Genau genommen ist der Standpunkt beider Professoren absolut der gleiche. Beide betrachten die jetzige Situation, die sich aus dem 2. Weltkrieg herausschält, als vollkommen befriedigend und bewundernswert, und sie verurteilen infolgedessen alles Suchen nach abstrakter Wahrheit, welche die vorherrschende Auffassung verhängnisvoll untergraben würde, auf der sich die Nachkriegspolitik begründet.

7. Falsche Brinkmanship auf beiden Seiten

Die Passage in Taylors Buch, die Trevor-Roper mit besonderer Unruhe und Verzagtheit erfüllte — und zweifellos auch Professor Eschenburg —, war die, worin die endgültige Schlußfolgerung zum Ausdruck kommt, nämlich, daß »der Krieg von 1939 von nahezu jedem weniger erwünscht war als fast jeder Krieg in der Geschichte. Der Krieg von 1939, weit entfernt davon, vorgeplant zu sein, war ein Fehler, die Folge von diplomatischen Schnitzern auf beiden Seiten.«
Der Verfasser sagte das gleiche, nur mit anderen Worten, in der zweiten Auflage seines Buches »Der Barbarei entgegen«, erschienen 1962:

> »Im Jahre 1914 ebenso wie 1939 war der Weltkrieg das Ergebnis einer Fehlkalkulation in diesem gefährlichsten aller Verfahren, das ein Staatsmann einer späteren Generation, John Foster Dulles, mit ‚Brinkmanship' bezeichnet hat, was etwa ein ‚Balancieren am Abgrund' bedeutet.«

Man hat dem Verfasser bedeutet, daß der Ausdruck ‚Brinkmanship' noch nicht in die deutsche Sprache eingegangen ist. Wenn

das zutrifft, so wird es höchste Zeit, daß es geschieht, denn es gibt kein anderes Wort oder Ausdruck im Deutschen oder Englischen, das so treffend genau den Begriff ‚Brinkmanship' wiedergibt. Beide hervorstechenden Katastrophen dieses Jahrhunderts — die Weltkriege von 1914 und 1939 — haben sich ganz einfach an Fehleinschätzungen im Zustand der ‚Brinkmanship' entzündet.
Wenn es zutrifft, daß der Krieg 1939 wegen diplomatischer Fehler auf beiden Seiten ausgebrochen ist, dann erhebt sich selbstverständlich keine Frage nach der Schuld. Es ist sinnlos, die »Alleinkriegsschuld Deutschlands« zu erörtern, wenn in der Tat niemand ein Verbrechen begangen hat.
Unbestreitbar kann man Hitlers eingeschlagenen Weg, Deutschland von den Fesseln des Versailler Diktats zu befreien, am besten als Politik vorsichtig berechneter ‚Brinkmanship' bezeichnen. Aber die Politik seiner Gegenspieler, insbesondere von Oberst Beck und Lord Halifax, war gleichfalls voll und ganz auf ‚Brinkmanship' ausgerichtet. Wenn nun ‚Brinkmanship' ein Verbrechen sein sollte, dann verbleibt als einzig zu entscheidende Frage, in welchem Verhältnis die Schuld an diesem vermeintlichen Vergehen zwischen Hitler, Oberst Beck, Lord Halifax und anderen aufgeteilt werden muß. Wieviel Schuld sich Franklin D. Roosevelt aufgeladen hat in der Rolle, die er in der Zeit von 1938 bis 1939 im Hintergrund gespielt hat, darüber kann man nur Vermutungen anstellen. Nach dem, was wir heute über ihn wissen, können wir sicher sein, daß er sehr aktiv darin gewesen ist, was er als »Sammeln von Widerstand gegen Hitler« bezeichnet hat. Möglicherweise hat er sich darauf beschränkt, die gegen Hitler opponierenden europäischen Staatsmänner zu drängen, das zu vereiteln, was er als Hitlers ‚Brinkmanship' ansah, indem sie die gleiche Politik betrieben. Aber auch für diesen Fall gilt, *wenn* Brinkmanship ein Verbrechen sein soll, daß ein gewisses Schuldmaß auf ihn entfallen muß.
Die bei weitem interessanteste und verwirrendste Teilfrage inner-

halb des Komplex Schlüsselproblem unserer Zeit dreht sich darum, wie weit Franklin D. Roosevelt nun wirklich seine Hand im Spiel gehabt hat bei dem diplomatischen Tauziehen in Europa während der zwei dem Kriegsausbruch 1939 voraufgehenden Jahre. Zweifellos hat Taylor recht, wenn er sagt, daß keiner der betroffenen Staatsmänner, Hitler eingeschlossen, damals den Krieg gewollt hat. Roosevelt muß als einer der betroffenen Staatsmänner gezählt werden, und auch er hat wahrscheinlich zu der Zeit den Ausbruch eines Krieges in Europa nicht gewünscht. Doch befindet sich Taylor völlig im Irrtum, wenn er Roosevelt mit zwei Zeilen abtut als freundlichen Zuschauer der Münchener Krise, ohne innere Anteilnahme jedem Staatsmann sinnlose Ratschläge zur Mäßigung und Besonnenheit erteilend, sofern sich einer die Zeit nahm, ihm zuzuhören. Eine derart passive Rolle verträgt sich keineswegs mit dem Wesen eines gewissenlosen Intriganten, als der er sich nunmehr durch seine Handlungsweise in der Krise, die 1941 mit dem Überfall der Japaner auf Pearl Harbour endete, entpuppt hat.

Schlüssige Beweise dafür fehlen. Nach Ansicht des Verfassers liegt die Wahrheit darin, daß Roosevelt die Situation in Europa vollkommen falsch beurteilt hat. Von seinem vertrauten Berater Bernard Baruch erfuhr er, es sei die einhellige Meinung der jüdischen Emigranten aus Deutschland, die sich in den USA niedergelassen hatten, daß Hitlers Autorität gegenüber dem deutschen Volk äußerst prekär sei und er seine Position nur durch Gewalt halten könne. Viele warteten lediglich auf eine geeignete Gelegenheit, um sich gegen seine Tyrannei aufzulehnen. Sein machtvolles Auftreten sei weiter nichts als ein geschicktes Täuschungsmanöver. Seine Truppen bestünden nur aus hastig ausgebildeten Wehrpflichtigen, dürftig mit schlechten Waffen ausgerüstet, und gar nicht in der Lage, den hervorragenden Armeen Frankreichs und Englands Widerstand zu leisten. Seine Rheinlandbesetzung und der Anschluß Österreichs seien lediglich Beispiele seiner

geglückten ‚Brinkmanship'. Das einzige, was man tun könne, um seinem weiteren Vorgehen Einhalt zu gebieten, sei das, seine europäischen Widersacher dazu zu bewegen, gegen seine Blufferei einzuschreiten. Kurzum, Hitlers Macht stütze sich auf das Ansehen, das er durch die Befreiung Deutschlands aus den Ketten des Versailler Diktats gewonnen habe. Würde man ihn jedoch einem oder zwei diplomatischen Rückschlägen aussetzen, wäre sein Ansehen und damit seine Macht dahin. Es war nicht notwendig, einen Krieg in Europa heraufzubeschwören, um Hitlers raschen Sturz herbeizuführen. Wenn man nur seine europäischen Gegner mittels Zusicherung moralischer und materieller Hilfe Amerikas dazu bringen konnte, selber eine Politik der ‚Brinkmanship' zu betreiben, wäre Hitler zum Nachgeben gezwungen; das deutsche Volk würde erkennen, daß er nur ein politischer Scharlatan ist, und sich gegen ihn erheben. Sollte er es schlimmstenfalls zu weit treiben mit seiner ‚Brinkmanship' und bei seiner jüngsten Reihe von Forderungen beharren, könnten die französischen, britischen und polnischen Armeen immer noch nach Berlin marschieren. Auf beiden Wegen konnte das Ergebnis erreicht werden, zu dem Roosevelt entschlossen war — Hitlers Sturz.

Selbstverständlich ist es unbestreitbar, daß Roosevelt beschlossen hatte, die USA nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940 in den Krieg mit Deutschland hineinzuziehen, doch nach Ansicht des Verfassers ist es kaum wahrscheinlich, daß er schon vor diesem Zeitpunkt zu einem derartigen Beschluß gelangt ist. Sein Verbrechen — wenn ‚Brinkmanship' wirklich ein Verbrechen sein sollte — ist in der Zeit 1938-39 das gewesen, was Juristen als »Anstiftung zu Brinkmanship« bezeichnen würden. Ob ‚Brinkmanship' nun als strafwürdiges Vergehen betrachtet werden muß, bleibt eine offene Frage. Gewiß scheint es generell nicht als ein solches zu gelten, außer dann, als Hitler es beging in den Jahren vor Ausbruch des 2. Weltkrieges. Keiner hat Chruschtschow einen Verbrecher geheißen, als er noch im Jahre 1962

das beging, was man geradezu als klassisches Beispiel von ‚Brinkmanship' hinstellen könnte. Und doch hätten die Folgen seines verwegenen »Balancierens am Abgrund« im Herbst jenes Jahres weitaus verheerendere Wirkungen haben können als jeder entsprechende Balance-Akt, den Hitler vollführte. Nachdem er, Chruschtschow, heimlich Raketenbasen mit Atomsprengköpfen auf Kuba errichtet hatte, schickte er einen Geleitzug über den Atlantik, beladen mit weiteren Atomraketen, militärischem Nachschub und Verstärkungen für diese Basen, wohl wissend, daß, wenn dieser Geleitzug von der amerikanischen Flotte angehalten würde und zwar auf die einzige Weise, mit der er anzuhalten war — durch Anwendung von Waffengewalt —, es eine kriegerische Handlung der USA gegen die Sowjetunion bedeuten würde. Chruschtschow spielte die Überzeugung aus, daß Präsident Kennedy es nicht wagen würde, eine Kriegshandlung zu begehen, weil er wußte, daß die durchaus mögliche Konsequenz auf einen Salvenwechsel mit Atomsprengköpfen zwischen Rußland und den USA hinauslaufen würde. Kennedy nahm jedoch die Herausforderung an und erteilte Befehl, den Geleitzug zu versenken, wenn dieser sich weigern würde abzudrehen. Das Ergebnis war, daß Chruschtschow vor der Wahl stand, sich auf einen Nuklearkrieg einlassen oder eine diplomatische Niederlage hinnehmen zu müssen. Zum Glück für die Menschheit entschied er, daß seine Stellung in Rußland hinreichend stark war, um die Demütigung zu überstehen, und wählte die zweite Alternative. Damit lief das glücklich aus, was man als klassisches Beispiel für ‚Brinkmanship' ansehen kann.

8. Ist der Schritt zum Krieg ein Verbrechen?

Ein von allen Historikern anerkannter Grundsatz ist es, daß *eine Handlung nur dann als Verbrechen verurteilt werden kann, wenn es nach den Maßstäben des Zeitpunkts, an dem es begangen, allgemein als ein solches angesehen wurde.*

Sicherlich scheint es bis 1914 nie jemand begegnet zu sein, daß es irgendwie tadelnswert und noch weniger verbrecherisch sein konnte, einen Krieg zu erklären, wenn die Verhandlungen zur Erlangung eines diplomatischen Ziels gescheitert waren. Man erachtete dies unter solchen Umständen als den natürlichen und richtigen Weg. Man vertrat tatsächlich den Standpunkt, daß die nationale Ehre den Schritt zum Kriege forderte, wenn ein Staat sich nicht in der Lage sah, sein Recht mit anderen Mitteln durchzusetzen. Mühelos könnte man ein Dutzend Beispiele anführen, wo Staaten vor 1914 um eines politischen Zieles willen zum Krieg geschritten sind. Als Frankreich 1870 den Krieg erklärte, um das linke Rheinufer zu annektieren, als Großbritannien 1899 Krieg erklärte, um Transvaal seinem Empire einzugliedern, oder als Italien 1891 Krieg erklärte, um die türkische Provinz Tripoli zu annektieren, hat kein Mensch darauf hingewiesen, daß sie ein Verbrechen begangen hätten.

Fraglos hat das beispiellose Morden des 1. Weltkriegs einen großen Wandel der öffentlichen Meinung bewirkt. Viele bekannten sich zu der damals neuen Ansicht, Krieg sei so schreckenerregend geworden, daß seine Anwendung moralisch unrecht sein müsse. Ganz allmählich kam die überwiegende Mehrheit zivilisierter Menschen zu dem Schluß, daß, wenn Kriegführen ein Verbrechen sei, der Schritt zum Krieg daher auch schon ein Verbrechen *per se* sei. Aber diese Absage wurde stets durch irgendeine Ausnahme eingeschränkt, die sie bedeutungslos machte, beispielsweise »außer zur Selbstverteidigung«. Der christliche Standpunkt war, wie es die Kirche von England zum Ausdruck gebracht hat, daß Kriegführen unrecht ist, außer bei einem gerechten Anlaß. Hierzu ist bemerkenswert, daß jene, die dem Krieg eine Absage ohne Einschränkung erteilten, das heißt also, die dedizierten Pazifisten, sich unter den lautesten Schreiern befanden, als Neville Chamberlain gerügt wurde, weil er nicht zum Krieg geschritten war, um die Tschechoslowakei zur Zeit der Münchener Krise 1938 zu verteidigen!

Im Jahre 1928 unterzeichneten fünfzehn Staaten der Welt den Kellogg-Pakt und verzichteten damit feierlich auf den Krieg als Mittel nationaler Politik. England hat, wohlbemerkt, mit dem Vorbehalt unterzeichnet, der ihm sein Recht wahrte, »gewisse Regionen der Welt zu schützen, deren Wohlergehen und Unantastbarkeit von besonderem und lebenswichtigen Interesse für Englands Frieden und Sicherheit« seien. »Der Kellogg-Pakt«, schreibt der Lordkanzler von England, Viscount Maugham, in seinem Buch »U.N.O. and War Crimes« (Murray, London 1951, S. 71), »wurde bei zehn Gelegenheiten flagrant gebrochen, nachdem er unterzeichnet war, und niemand hat auch nur einmal angedeutet, daß die jeweiligen Aggressoren in diesen Vorfällen Verbrecher gewesen sind.« (Außer, das hätte Viscount Maugham hinzusetzen müssen, als Hitler ihn 1939 brach!).

Wenn schon nicht behauptet werden kann, daß der Kellogg-Pakt einen wahrnehmbaren Einfluß auf irgendeinen der Kriegsführenden von 1939 ausgeübt hat, dann kann schon gar nicht gesagt werden, daß er irgendwelchen spürbaren Einfluß auf die Staatsmänner hat, in deren Händen das Schicksal der Menschheit seither liegt. Seit 1939, als Hitler zum Krieg geschritten ist, um die alte Hansestadt Danzig aus ihrer Abhängigkeit von Polen zu befreien, haben sich drei hervorstechende Beispiele dafür ereignet, daß Mächte zum Kriege schritten, um ein politisches Ziel zu erreichen.

Die erste dieser drei flagranten Verletzungen der verschiedenen internationalen Abkommen, den Krieg für immer als Mittel zur Erlangung eines politischen Ziels zu ächten, war die Invasion Ägyptens 1956 durch die Streitkräfte Englands, Frankreichs und Israels. Dieses Abenteuer ging auf die Geheimdiplomatie jener Art zurück, die von Präsident Wilson in seinen Vierzehn Punkten ausdrücklich als Aggressionskriege fördernd verurteilt worden ist. Hinter einem Vorhang tiefster Geheimhaltung wurde vereinbart, daß eine englisch-französische Expeditionstruppe den

Suezkanal besetzen sollte, während eine israelische Truppe auf der Sinai-Halbinsel einfiel. Den führenden Part spielte dabei der britische Premierminister Anthony Eden, dem es völlig entgangen war, daß sich das Kräftegleichgewicht seit 1865 beträchtlich verschoben hatte, der Zeit, als sich England und Frankreich dem mächtigen russischen Reich gegenüber als Überlegene erwiesen, eine Armee auf der Krim landeten und die große Festung Sewastopol einnahmen, allen Anstrengungen der Heere des Zaren zum Trotz, sie zu entsetzen. Dieses Beispiel von vor hundert Jahren vor Augen, sah Anthony Eden keine Schwierigkeit darin, einen so schwachen Staat wie Ägypten zu überwältigen. Er selbst scheint von dem lobenswerten Streben inspiriert worden zu sein, die Unverletzlichkeit von Eigentum dadurch zu bekräftigen, daß man Präsident Nasser mit Gewalt an der Übernahme des Suezkanals hinderte. Es ist ihm wohl nicht in den Sinn gekommen, daß diese Demonstration der Unantastbarkeit der Besitzeignerschaft ziemlich verspätet kam, wenn man bedenkt, daß England auf der Potsdamer Konferenz 1945 den Griff der Polen nach allem Besitz der Einwohner Schlesiens und Pommerns gebilligt hat! Als dürftiges Zugeständnis an den Geist der Zeit wurde bekanntgegeben, daß die britischen und französischen Truppen, die zunächst Port Said wüst bombardiert hatten, in Ägypten eingedrungen seien, um es gegen einen Angriff Israels zu schützen! Weder Stalin noch Hitler haben je einen so absurden Schwindel vorgebracht, um eine bewaffnete Aggression zur Erreichung eines politischen Ziels zu rechtfertigen.

Der niederschmetternde Ausgang dieses Abenteuers ist nur zu bekannt und braucht hier nicht rekapituliert zu werden. Verurteilt von der UNO-Vollversammlung, nicht unterstützt von den USA und den sich selbst regierenden Dominions des Commonwealth und sogar, sagt man, von Herrn Chruschtschow mit einer Salve Atomsprengköpfen im Fall des Nichteinlenkens bedroht, kehrten die Invasoren prompt auf ihre Schiffe zurück und zogen nach

Hause. Glücklicherweise jedoch führte dieser Schritt zum Kriege, um ein politisches Ziel zu erreichen, nicht zu einem erneuten Nürnberger Prozeß. Anstatt ins Spandauer Gefängnis geschickt zu werden, um mit Rudolf Heß »die sehr harten und unmenschlichen Lebensbedingungen«zu teilen (um Sir Winston Churchill zu zitieren), weil er einen »Aggressionskrieg angestiftet hat, das größte internationale Verbrechen« (um Lordrichter Lawrence zu zitieren), begab sich Anthony Eden auf die Reise, um in luxuriöser Zurückgezogenheit der westindischen Inseln seine Gesundheit wiederherzustellen! (Jamaica, im Haus »Golden Eye« des britischen Schriftstellers Jan Fleming).

Das zweite Beispiel einer Zuflucht zum Kriege als Mittel der Politik, das sich seit Hitlers Unternehmen von 1939 zur Befreiung der alten deutschen Stadt Danzig zugetragen hat, ist im Vergleich zu Anthony Edens Ägypten-Invasion eine sehr geringfügige Affaire, und dennoch in jeder Hinsicht weitaus erstaunlicher. Anthony Eden erwies sich geistig als ein Relikt des 18. Jahrhunderts, als es anerkannter Brauch der Herrscher war, Bündnisse mit ihren Nachbarn zu schließen, um Ansprüche, echte oder imaginäre, gegen einen anderen, alleinstehenden Nachbarn durchzusetzen. Es war daher nicht sonderlich überraschend, daß er mit dem wilden Präsident Nasser in der Weise verfahren mußte, wie es 1956 geschah. Doch als Pandit Nehru, Regierungschef von Indien, 1961 zum Kriege mit Portugal schritt, um seinen Anspruch auf Einverleibung der portugiesischen Besitzung Goa zu erzwingen, stand die ganze Welt entsetzt da. Viele Jahre hindurch hatte Nehru den unbestrittenen Ruf als beredter Exponent der segensreichen Gewaltlosigkeit und Versöhnlichkeit genossen. Seine Gewohnheit, anderen Staatsmännern Vorlesungen über das Abgleiten von erhabenen Standardbegriffen zu halten, zu denen er sich selbst bekannte, mögen viele gereizt haben, aber niemand zweifelte auch nur eine Sekunde an der Aufrichtigkeit seiner Überzeugung und der Sauberkeit seiner Motive. In linksgerichteten Kreisen Eng-

lands und der USA wurde er als Staatsmann verehrt, dessen Integrität von Regierungschefs mit weniger hochstehenden Moralbegriffen in ihren Augen als unerreichbar galt.
Ungläubig vernahm daher die Welt im Jahre 1962, daß der große Vorkämpfer der Gewaltlosigkeit und Versöhnlichkeit seinen Truppen befohlen hatte, in ein Gebiet einzudringen, das seit 1510 portugiesisch war, also viereinhalb Jahrhunderte lang, und die Garnison von Goa mit Gewalt zur Übergabe zu zwingen! In Linkskreisen begann sofort ein krampfhaftes, aber vergebliches Suchen nach irgendeinem Vorwand, diesen Akt zu rechtfertigen. Man konnte nicht behaupten, die nationale Sicherheit Indiens erfordere die Besetzung Goas, oder daß ein kleines entlegenes Land Europas ohne maritime Bedeutung wie Portugal unter Umständen eine Armee nach Goa in Marsch setzen konnte, um in Indien einzufallen und es zu erobern. Ebenso sinnlos war es zu verfechten, die indische Armee wolle diesen kleinen Hafen an der Küste Indiens entsprechend den Wünschen seiner Bewohner befreien, deren Mehrheit aus Christen bestand und nicht von einem Hindu wie Nehru oder von der buntgewürfelten Kollektion von Leftisten und Kommunisten, meist Atheisten unter Führung von Krischna Menon, regiert werden wollte. Die indische Regierung gestand dies stillschweigend ein, indem sie es ablehnte, nach der Kapitulation der winzigen portugiesischen Garnison eine Volksbefragung abzuhalten. Schließlich konnte man auch nicht sagen, daß Nehru kein anderer Weg blieb, die Auseinandersetzung beizulegen. Als UNO-Mitglied hatte sich Indien feierlich verpflichtet, keine Gewalt oder Gewaltandrohung gegen ein anderes Mitglied anzuwenden, aber es stand ihm zu, sich mit einem Appell an den Sicherheitsrat zu wenden, den Streit friedlich zu regeln. Wenn der Schiedsspruch zugunsten Indiens ausgefallen wäre, hätte der Sicherheitsrat Portugal mühelos zum Nachgeben zwingen können durch Verhängen von wirtschaftlichen Sanktionen. Auf einer Pressekonferenz kurz nach der Besetzung Goas durch

seine Truppen hat Pandit Nehru seine Aktion freundlich-mild wie folgt erklärt: »Die Anwendung von Gewalt steht uns natürlich je nach Gelegenheit und Gunst des Augenblicks offen.«
Nach diesem großen Verfechter der Versöhnlichkeit ist Hitlers einziges Verbrechen 1939 folglich das gewesen, Gewalt in einem ungünstigen Augenblick angewendet zu haben.
Schließlich darf das noch jüngere Beispiel des Generalsekretariats der Vereinten Nationen angeführt werden, das vor einer so kurzen Zeit wie im Frühjahr 1963 nicht zögerte, zum Kriege zu schreiten, um den Widerstand der Provinz Katanga niederzuschlagen. Das politische Ziel, für das man bewaffnete Gewalt einsetzte, sollte es gewissen amerikanischen Finanzinteressen ermöglichen, die reichen belgischen Kupferminen dieser Kongoprovinz zu übernehmen. Dieses Ziel konnte eingestandenermaßen nur erreicht werden, wenn man den Widerstand der Einwohner Katangas brach, und das UNO-Generalsekretariat scheute keinen Augenblick davor zurück, zum Krieg zu schreiten. Man hätte vielleicht tatsächlich argumentieren können, der Krieg, wie er von der UNO geführt wurde, sei etwas völlig anderes als der, der von einem totalitären Herrscher wie Hitler geführt worden ist. Leider wurden jedoch im Verlauf des Kampfes gegen die unglücklichen Katangesen in der Presse und im Fernsehen ständig Aufnahmen von Krankenhäusern und Schulen in Elisabethville gezeigt, die von den Bomben und Granaten der Angreifer zerstört worden waren. Gleichzeitig trafen unaufhörlich Berichte von Massakern und Greueltaten ein, die von den wilden Kriegern, durch die UNO aus Ghana und Abessinien herbeigeholt, begangen wurden. Man kam infolgedessen nicht um den Schluß herum, daß das Kriegführen im Jahre 1963 noch genau so barbarisch und blutig war wie seit eh und je.

9. Diese drückende Bürde schuldiger Scham

Deutsche, denen die drückende Bürde schuldiger Scham unerträglich vorkommt, die, wie man ihnen bedeutet hat, sie zu fühlen hätten, wenn sie daran dächten, daß ihr Land 1939 zum Kriege geschritten war, um ihre Landsleute in Danzig zu befreien, müssen sehr sorgsam all die Einzelheiten, die ja zugänglich sind, im Lichte aller dazugehörigen Umstände studieren, von Edens Invasion Ägyptens im Jahre 1956, Pandit Nehrus Eroberung Goas 1961 und der Unterwerfung Katangas mit den Streitkräften der Vereinten Nationen im Jahre 1963. Und dann mögen sie sich überlegen, ob Hitlers Beispiel von 1939 wirklich so einmalig tadelnswert gewesen sein kann; denn es wurde innerhalb weniger Jahre von Anthony Eden, Pandit Nehru und dem Generalsekretariat der UNO befolgt. Nachahmung ist ganz sicher die nachdrücklichste Form der Zustimmung! Ebenso sicher kann eine so schwerwiegende Zustimmung nicht leichthin beiseite gefegt werden. Von Anthony Eden kann man wenigstens sagen, daß er ein Staatsmann mit langjähriger Erfahrung gewesen ist und unter solchen Vorbildern politischer Rechtschaffenheit wie Lloyd George und Sir Winston Churchill gedient hat. Niemand wird zu bestreiten wagen, daß der heilige Pandit Nehru seinen weltweiten Ruhm durch seine wiederholten Bekenntnisse zur Versöhnung und Friedensliebe gewonnen hat. Von U Thant, dem burmesischen Generalsekretär der Vereinten Nationen braucht man eigentlich nur zu sagen, daß er in sein hohes Amt von einer Körperschaft gewählt worden ist, die, wie es heißt, all das repräsentiert, was im heutigen politischen Leben das einzig Gute und Ideale ist.

Es ist zu beklagen, daß nicht ein einziger professioneller Geschichtsforscher mit der gleichen Auffassung wie Professor Eschenburg in Tübingen und Professor Trevor-Roper in Oxford, wonach die Alleinkriegsschuld Deutschlands von 1939 im wesent-

lichen eine Kernfrage von vitaler Bedeutung für die Gegenwartspolitik ist, ein Buch geschrieben hat, worin er die Fakten darstellt, wie sie heute im Hinblick auf jenen Zeitpunkt bekannt sind, und sie mit den Tatsachen vergleicht, die seit 1939 zum Ausbruch von Feindseligkeiten im Jahre 1956, 1962 und 1963 geführt haben. Zweck dieses Buches müßte es sein, die Zweifel zu zerstreuen, ob der Schritt zum Kriege zur Befreiung Danzigs sich in irgendeiner Weise von den kriegerischen Aktionen unterscheidet, die die Übernahme des Suezkanals durch Ägypten verhindern sollte, die Annexion der portugiesischen Besitzung Goa herbeiführen sollte und schließlich die belgischen Kupferminen in die Hände amerikanischer Finanzkapitäne spielen sollten. Jeder dieser vier Fälle ist ein Beispiel für ein politisches Ziel, um dessentwillen man zum Kriege geschritten ist. Was war denn nun ganz exakt der unterscheidende Wesenszug, der den Krieg von 1939 zu einem unauslöschlichen Verbrechen gestempelt hat und das deutsche Gewissen für immer belasten soll, während die Kriege von 1956, 1962 und 1963 schlimmstenfalls nur ein entschuldbares Abgleiten von den höchsten Standardbegriffen der Moral gewesen sind? Wenn sich ein derartiger Unterschied feststellen läßt, dann ist es ganz gewiß höchste Zeit, daß man ihn aufzeigt!

Doch ist kein solches Buch geschrieben worden, und es wird wahrscheinlich auch niemals geschehen. Professor Eschenburg und Professor Trevor-Roper werden lediglich gemeinsam über die beklagenswerten Konsequenzen lamentieren, die, wie sie sagen, sich unvermeidlich aus der Aufdeckung der Wahrheit über den Ursprung des 1939 ausgebrochenen Krieges ergeben werden. Von ihnen ist keine Hilfe zu erwarten, denn ihr Argument ist es, daß, während Kriege vor und nach diesem Datum unbeschwert untersucht werden dürfen, die einschlägigen Regeln geschichtswissenschaftlichen Forschens nicht auf den Krieg von 1939 angewendet werden können, weil (um noch einmal Professor Eschen-

burg zu zitieren) »Zweifel an der Alleinschuld Deutschlands am 2. Weltkrieg die Grundlage der Nachkriegspolitik zerstören würden.«

Folglich muß der deutsche Staatsbürger, der sich von schuldiger Scham über das Verhalten der deutschen Reichsregierung im Jahre 1939 unerträglich bedrückt fühlt, die Tatsachen in den verschiedenen Büchern, die sich jeweils mit den oben angeführten Beispielen für Kriege zur Erreichung eines politischen Ziels befassen, für sich allein studieren. Er wird dann höchstwahrscheinlich zu dem wohltuenden Schluß gelangen, daß die Bürde schuldiger Scham, unter der er so lange einhergewankt ist, und ihm wie aus Blei erschien, aus nichts anderem denn blauem Dunst bestanden hat. Wenn er klug ist, tut er danach das Thema „Kriegsschuld" mit der frohgemuten Nonchalance ab, mit der sich Anthony Eden, der heilige Pandit Nehru und der burmesische UNO-Generalsekretär des Falls entledigt haben.

Ein solcher Wandel der Haltung würde ohne Zweifel, wie Professor Eschenburg feierlich gewarnt hat, zum Einsturz der Grundlage der Nachkriegspolitik führen. Wenn der Leser dieser kleinen Studie jedoch die gegenwärtige politische Situation in Deutschland nicht als ideal und befriedigend erachtet, sollte ihn diese Warnung nicht abschrecken, die Tatsachen selber genau zu untersuchen.

Früher oder später müssen die Diskussionen über die Abhaltung einer Konferenz beginnen, auf der über einen Friedensvertrag verhandelt wird, der den 2. Weltkrieg beendet. Auf dieser Konferenz wird eine allen gemeinsame Überzeugung von der Alleinkriegsschuld Deutschlands das Vorgehen ungemein erleichtern. Es ist zwangsläufig bei einer Neugestaltung der europäischen Landkarte, eine Art von Rechtfertigung für die Einverleibung Ostdeutschlands durch Polen zu finden. Die öffentliche Meinung in aller Welt schreckt vor der Erwähnung des Wortes »Annexion« zusammen und verlangt, daß wenn schon eine Annexion voll-

zogen wird, es irgendwie umkleidet werden muß. Insbesondere die britische Öffentlichkeit hat sich stets unwillig gezeigt, die Tatsache anzuerkennen, daß der 1. Weltkrieg eine Wahnsinnsorgie der Gewalt gewesen ist und zu keinem sinnvollen Ergebnis irgendwelcher Art geführt hat. Lange Zeit hatte man Trost in der Überlegung gefunden, daß Englands ungeheure Opfer an Blut und Werten im 1. Weltkrieg für immer dem großen demokratischen Grundsatz Geltung verschafft haben, wonach eine Regierung künftig der Zustimmung der Regierten bedurfte. Alle sind sich darin einig, daß die Verankerung dieses großartigen Prinzips einen unschätzbaren Gewinn für die ganze Menschheit bedeuten muß; denn wenn es erst einmal unmöglich ist für einen Staat, das Territorium eines anderen zu annektieren, hat sich der Hauptzweck des Kriegführens erledigt und folglich würde das Führen von Kriegen in der ganzen Welt aufhören.

Britische Politiker klammern sich immer noch an diese Trugvorstellung. Noch zu Anfang 1963 brüstete sich der damalige Innenminister R. A. Butler (jetzt Außenminister) vor dem Unterhaus im Hinblick auf das Auseinanderbrechen der Zentralafrikanischen Föderation damit, das einzige Ziel der britischen Politik sei es gewesen, den Grundsatz zu wahren, wonach jede getroffene Vereinbarung die freiwillige Zustimmung der Regierten erhalten müßte. Diese Erklärung ist von den Mitgliedern aller Parteien mit lautem Beifall quittiert worden. Solange die Abtrennung der deutschen Ostprovinzen nicht formell durch einen Friedensvertrag sanktioniert ist, bleibt die Möglichkeit zu behaupten, daß der Grundsatz »Regierung mit Zustimmung der Regierten« noch kein bedeutungsloses Schlagwort geworden ist, seit Stalin 1945 demonstriert hat, wie leicht man ihm ausweichen kann, indem man die Bewohner eines Gebietes vertreibt, das man zu annektieren gedenkt, um es dann mit Siedlern neu zu bevölkern, deren Zustimmung zur Annexion selbstverständlich ohne weiteres erlangt werden kann. Nur wenn man die Annexion der deutschen

Ostgebiete durch Polen als gerechte Strafe für das von Deutschland 1939 begangene Verbrechen präsentiert, kann die Selbstachtung der britischen Öffentlichkeit gewahrt werden. Bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages muß daher die Alleinkriegsschuld Deutschlands um jeden Preis von den Historikern aufrechterhalten werden, die weniger an der Wahrheit als an politischer Zweckmäßigkeit interessiert sind.

Die deutsche Öffentlichkeit ist wiederholt eindringlich aufgefordert worden, »Kollektivscham« wegen der Verfolgung der Juden unter dem NS-Regime zu empfinden.

Zugegebenermaßen war die Judenverfolgung unter Hitler ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber genau so war es die Luftterror-Kampagne der britischen Regierung gegen die deutsche Zivilbevölkerung. Hitlers »Endlösung der Judenfrage« hat sich in streng bewachten Gefangenenlagern vollzogen, generell in entlegenen Gebieten, und strengste Geheimhaltung war im Interesse der nationalen Sicherheit nachdrücklich befohlen. Der Lindemann-Plan zu Terrorluftangriffen wurde hinter einem Schleier verlogener Dementis seiner Existenz durchgeführt, was die britische Öffentlichkeit zu glauben vorgab. Aber die Wahrheit über diese Angriffe ist jetzt amtlich zugegeben worden. Das bereits erwähnte Werk, 1961 von der königlichen Staatsdruckerei herausgegeben und aus amtlichen Akten von Sir Charles Webster und Noble Franklin zusammengestellt, enthüllt, daß diese Dementis Lügen waren.

Da die Ausführenden des Hitlerschen Verbrechens gegen die Juden alle tot sind, ist niemand daran interessiert gewesen, sich der hoffnungslosen Aufgabe zu unterziehen, eine Rechtfertigung für sie zu finden. Im Hinblick auf die Terrorbombenangriffe jedoch muß, da es nicht mehr möglich ist, sie abzustreiten, irgend eine Rechtfertigung für sie gefunden werden, um den Ruf der britischen Regierung, wenn für nichts anderes, für Wahrhaftigkeit zu wahren.

Aus diesem Grund hat man es für notwendig erachtet, sich den Vorgängen von 1939 wieder zuzuwenden und zu verfechten, die Terrorangriffe seien eine gerechte Vergeltung an Deutschland gewesen, weil es eine friedliche Welt mutwillig und bewußt in jenem Jahr in einen Krieg gestürzt habe.
Dieses Argument ist kürzlich sehr klar von Noble Franklin zum Ausdruck gebracht worden, einem der beiden Autoren des erwähnten offiziellen Werks über die Terrorangriffe. In seiner Rezension der englischen Ausgabe des Buches von Gen.Maj. Hans Rumpf »Das war der Bombenkrieg« (Gerh. Stalling, Oldenburg 1962) schrieb Franklin:

> Bombenwürfe aus der Luft bildeten eine neue Entwicklung in der Kriegführung. Es war eine Entwicklung, die den Deutschen genau so wenig behagte wie den Briten die Einführung des U-Boot-Krieges.
> Die Deutschen hätten die Konsequenzen dieser neuen Entwicklung leicht vermeiden können.
> Sie hätten es unterlassen sollen, den 2. Weltkrieg anzufangen und die Menschheit zu versklaven.

Damit sind wir also wieder bei der Frage der Kriegsschuld im Jahre 1939. Ist es eine Tatsache, daß die Deutschen den 2. Weltkrieg angefangen haben?
Die Briten haben ein empfindsames Gewissen bezüglich der Terrorangriffe, genau wie die Deutschen hinsichtlich Hitlers Judenverfolgung.
Um diese beiden Probleme zu beurteilen, müssen wir auf die Frage zurückgreifen, ob Deutschland alleinverantwortlich für den Ausbruch des 2. Weltkriegs gewesen ist.
Wenn Deutschland alleinschuldig ist, dann waren die Briten berechtigt, jedes nur mögliche Mittel anzuwenden — sogar einschließlich einer so barbarischen Form der Kriegführung wie der Terrorbombenwürfe —, um sich zur Wehr zu setzen.

Andererseits, wenn der 2. Weltkrieg die Folge diplomatischer Fehler auf beiden Seiten war — fehlerhafte ‚Brinkmanship', wie es der Verfasser formuliert hat — dann sind beide Seiten die unschuldigen Opfer dieser Fehler gewesen. In dem Fall ist es ebenso unmöglich, eine Entschuldigung für die Terrorangriffe zu finden wie für Hitlers rassische Verfolgung.

Anatole France hat einmal erklärt, die Geschichte eines jeden großen Volkes bestehe im wesentlichen aus der Aufzeichnung von Fehlern, Torheiten und Verbrechen.

Allerdings besteht ein merklicher Unterschied zwischen der Einstellung des deutschen Volkes zu den Verbrechen seiner Geschichte und jener des britischen Volkes zu den verzeichneten Verbrechen der britischen Geschichte. Zweifellos muß dies teilweise der gnadenlosen Gehirnwäsche zugeschrieben werden, der alle Deutschen seit 1945 von seiten ihrer Eroberer ausgesetzt waren und deren Wirkung immer noch anhält; und teilweise auch dem Umstand, daß sich die Deutschen im Vergleich zu den geistig stark überspitzten (highly sophisticated) Briten noch immer in einem relativ frühen Stadium politischer Entwicklung befinden.

Der Durchschnittsdeutsche tut seine schuldige Scham, die er wegen der Vergehen, damals von seinen Landsleuten begangen, empfindet, in lauten Tönen kund, desgleichen seine Bereitwilligkeit, Wiedergutmachung zu leisten. Er demonstriert seine zerknirschte Bußfertigkeit durch Zahlung üppiger Kompensationen — ohne zu fragen — an jeden, der behauptet, unter rassischer Verfolgung gelitten zu haben; und mit solchen für jedermann sichtbaren Gesten wie der einer Gruppe deutscher Freiwilliger, die vor nicht langer Zeit nach England kam, um die von deutschen Bomben zerstörte Kathedrale von Coventry wieder aufbauen zu helfen.

In Großbritannien dagegen hat niemand je angeregt, man müsse einen Beitrag leisten für die Einwohner von Breslau und Stettin, weil sie als Folge der auf der Potsdamer Konferenz getroffenen Entscheidung aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Keine

Gruppe britischer Freiwilliger hat, soweit es dem Verfasser bekannt ist, Deutschland besucht, um beim Wiederaufbau der von englischen Bomben zerstörten deutschen Kirchen mitzuhelfen. Wenn ein Engländer wegen irgendeiner Sache ein schlechtes Gewissen hat, spricht er nicht darüber, sondern verdrängt es völlig aus seinen Gedanken. Ganz unbewußt setzt er aus Gründen der Zweckmäßigkeit die These einiger Philosophen in die Praxis um, wonach das, was nicht gedacht wird, auch nicht existiert — außer vielleicht im Denken Gottes, dessen Vorhandensein allerdings die meisten Engländer heutzutage erheblich bezweifeln.

Diese Geisteshaltung wird treffend illustriert durch die Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf die Enthüllung der Tatsachen zur Zerstörung Dresdens von der Royal Air Force in dem bereits erwähnten Buch von David Irving. In den meisten über dieses Buch erschienenen Besprechungen wurde kurz kommentiert, es sei zwar ein schreckliches Ereignis gewesen, aber glücklicherweise sei man außerstande zu sagen, daß irgend eine Einzelperson die Schuld dafür trage. Eine Ausnahme bildete allerdings die Rezension des bekannten Autors und Publizisten Harold Nicolson, die anfing: »Die britische Öffentlichkeit liebt es, sich einzureden, daß, wenn andere Nationen auch Greueltaten dulden, wir selber niemals scheußliche Handlungen begehen. Doch nur wenige Kriegshandlungen können ebenso grundlos, zwecklos und brutal wie der Angriff auf Dresden sein.« Nicolson fährt damit fort, zustimmend den seinerzeitigen Kommentar des verstorbenen Unterhausmitglieds Richard Stokes zu zitieren, daß der Terrorangriff auf Dresden ein Fleck auf dem nationalen Wappenschild sei.

Die meisten britischen Zeitungen berichteten die Enthüllung der Wahrheit über die Terrorangriffe im allgemeinen und die Zerstörung Dresdens im besonderen ohne Kommentar, und der Mann von der Straße vergaß rasch den ganzen Zusammenhang. Jedenfalls verursachte sie bestimmt keine Sensation im Vergleich zu der, als kürzlich ein Kabinettsminister bekennen mußte, er habe

gelogen, als er vor dem Unterhaus die Versicherung abgab, er habe mit einer gewissen Prostituierten nichts zu schaffen gehabt. Augenblicks erhob sich daraufhin ein furchtbarer Sturm sittlicher Entrüstung und brauste aus der Presse und von Tausenden von Rednerpodien herunter über das ganze Land. Mit Entsetzen nahm die britische Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß ein Minister der Krone in Bezug auf eine Episode aus seinem Privatleben das Unterhaus bewußt irregeführt hatte. Jedermann hatte vollkommen vergessen, daß erst kurz zuvor aufgedeckt worden war, daß sich während des Krieges ein Minister der Krone nach dem anderen hingestellt und dem Unterhaus feierliche Versicherungen entboten hatte, es fänden keine Terrorluftangriffe statt.

Im Hinblick auf die Terrorangriffe der Briten sowie die rassischen Verfolgungen der Deutschen scheint es faktisch so zu sein, daß alles, was man über das Verhalten beider Seiten im 2. Weltkrieg sagen kann, darauf hinausläuft, daß sie beide in barbarische Methoden abgeglitten sind, um die fürchterlichen Folgen einer Niederlage abzuwenden.

Wie erstmals 1948 in dem erwähnten Buch des Verfassers »Der Barbarei entgegen« darauf hingewiesen wurde, ist dieses Abgleiten ganz einfach ein Teil eines weltweiten Rückfalls in die Barbarei gewesen, der, sagen wir, bis 1914 zurückdatiert werden kann. In diesem Buch ist der Versuch unternommen worden, die Gründe für diesen Rückfall zu durchleuchten, dessen Ursprung lange vor 1914 liegt. Zweifellos werden sich künftige Historiker damit befassen, eine Erklärung für diesen merkwürdigen und, hoffen wir, vorübergehenden Schritt nach rückwärts im Verlauf des menschlichen Fortschritts zu finden.

Unmittelbarer Studiengegenstand der Geschichtsforscher ist jedoch die Frage nach dem Ursprung und den Ursachen des 2. Weltkriegs.

Aus den bereits dargestellten Gründen ist die Klärung dieser Frage von höchstwichtiger Bedeutung. Von ihrer Klärung hängt

nicht nur die Beurteilung solch umstrittener Themen wie Rassenverfolgung und Terrorbombenwürfe ab, sondern auch der Ablauf der künftigen Verhandlungen über einen Friedensvertrag, der den 2. Weltkrieg formal beendet. Oder wie Professor Eschenburg sich ausdrückt, auf ihrer Klärung gründet sich die Nachkriegspolitik.

Es kann mit absoluter Sicherheit vorausgesagt werden, daß bei dem vielen, was auf dem Spiel steht, die Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des 2. Weltkriegs mit jedem nur denkbaren Argument bis zu allerletzt aufrechterhalten werden wird. Man wird keine Mühe scheuen, den Mut zu einer gründlichen Untersuchung dieses Themas zu dämpfen, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen über einen Friedensvertrag einsetzen werden, bevor diese Behauptung ausgesprochen unhaltbar wird. Sobald jedoch diese Behauptung fallengelassen werden muß, wird man das Argument vorbringen, daß Deutschland zwar ohne Zweifel lediglich Anteil an der Verantwortung für den Krieg von 1939 zusammen mit den anderen Kriegführenden gehabt hat, aber doch eine schwere Vergeltung verdiene für die Ungeheuerlichkeiten, die es im Vollzug der »Endlösung der Judenfrage« begangen hätte.

Diese Anklage sieht allerdings keinen adaequaten Ersatz vor. Sie kann mit einer sehr einfachen Antwort erledigt werden. Sobald jede Möglichkeit, einen Krieg durch Verhandeln zu beenden, ausgeschlossen ist durch die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, und wenn die Folgen, dieser Forderung zu entsprechen, unbeschreiblich grauenhaft wären, dann ist eine Nation berechtigt, jede Maßnahme zu ergreifen, wie scheußlich immer, die dazu dienen könnte, um diesem Schicksal zu entgehen.

Unbestreitbar ist dies die Lage Deutschlands während der letzten Kriegsjahre gewesen. Der unrühmliche, schändliche Morgenthau-Plan könnte gut und gern Roosevelts »Endlösung der Deutschenfrage« genannt werden. Entworfen von Henry Morgenthau jr.,

dem US-Finanzminister, unter Assistenz von Harry Dexter White, der, wie wir heute wissen, ein kommunistischer Agent gewesen ist, und unzweifelhaft nach direkten Weisungen Stalins ausgerichtet, fixierte dieser Plan die Absichten der Sieger mit Deutschland, sobald es bedingungslos kapituliert hatte. Kurz gesagt, Deutschland sollte durch Zerstörung aller Bergwerke und Fabriken in einen Viehweiden-Staat verwandelt werden. Über die Hälfte der deutschen Bevölkerung arbeitete in Bergwerken und Fabriken. Wäre dieses System durchgeführt worden, so schätzt man, daß etwa zwanzig Millionen Menschen verhungert wären; ein nicht weniger fürchterliches Schicksal als der Tod in einer Gaskammer. Trotz dieser unverkennbaren Folgen wurde der Morgenthau-Plan am 15. September 1944 von Präsident Roosevelt genehmigt. Auch Winston Churchill stimmte ihm zu und erhielt einen US-Kredit von 6,5 Milliarden Dollar.

Der einzige Grund, weswegen der Morgenthau-Plan nicht in vollem Umfang realisiert wurde, wie er von seinen Urhebern Henry Morgenthau jr. und dem kommunistischen Agenten Harry Dexter White (alias Weit) konzipiert wurde, war der, daß Stalin unmittelbar nach der Jalta-Konferenz im Februar 1945, nur fünf Monate, nachdem Roosevelt und Churchill den Plan angenommen hatten, sich stark genug gefühlt hat, die Maske der Freundschaft ablegen zu können und seinen betrogenen Bündnispartnern offene Feindschaft zu bekunden. Von da an entwickelte sich allmählich der sogenannte Kalte Krieg zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Als 1948 die Berliner Blockade einsetzte, offenbarte es sich als eine Sache von höchster Dringlichkeit, das deutsche Volk zur Verteidigung Europas heranzuziehen. Man hörte mit den systematischen Zerstörungsarbeiten in Deutschland auf, stellte sie aber endgültig erst 1954 ein. Die Gebote der Menschlichkeit hatten nichts mit dieser späten Entscheidung zu tun; die Sieger haben sich auf der ganzen Linie von einem inneren Selbsterhaltungsdrang dazu getrieben gefühlt.

Der Morgenthau-Plan war kein Geheimdokument, dessen Inhalt nur maßgeblichen Ministern und höheren Beamten der USA und Englands bekannt gewesen ist. In dieser Hinsicht war er etwas ganz anderes als der Lindemann-Plan zu Terrorluftangriffen und der Hitler-Plan zur »Endlösung der Judenfrage«. Ersterer vollzog sich hinter einem Schleier offizieller Lügendementis und letzterer in streng bewachten Gefangenenlagern. In beiden Fällen, wie wir gesehen haben, kann man argumentieren, daß der Mann von der Straße nichts von den Vorgängen gewußt hat. Aber die Öffentlichkeit Amerikas und Englands ist sofort über den Morgenthau-Plan unterrichtet worden, und die Presse beider Länder hat herzliche Zustimmung geäußert mit der Begründung, daß Deutschland, da es die friedliche Welt 1939 in den Krieg gestürzt hätte, härteste Strafe verdiene.

So sind wir also wieder bei der Frage der Verantwortung für den Krieg von 1939, dem Schlüsselproblem unserer Zeit. Der Morgenthau-Plan läßt sich nur rechtfertigen, wenn man die Alleinkriegsschuld Deutschlands voraussetzt. Es mag als schwache Verteidigung gelten; es existiert aber keine andere.

Zweckmäßigkeit wird zweifellos die Anerkennung dieser Wahrheit für lange Zeit hinauszögern, zumindest so lange, bis ein Friedensvertrag als Schlußstein des 2. Weltkriegs unterzeichnet ist. Bis dahin wird das deutsche Volk ermahnt werden, weiterhin »schuldige Scham« zu empfinden, weil es sich an dem weltweiten Rückfall in die Barbarei beteiligt hat.

Nach Ablauf von zwanzig Jahren besteht allgemeine Übereinstimmung nur in einem Punkt. Jene, die auf die lückenlose Untersuchung der Vorgänge dringen, welche zum Kriegsausbruch von 1939 geführt haben, sowie jene, die darauf beharren, daß alles Forschen in der Sache unterdrückt werden muß, bis es jeden praktischen Nutzen verloren hat, sind sich darin einig, daß die Frage der Schuld am Ausbruch des 2. Weltkriegs das Schlüsselproblem unserer Zeit ist.

Über den Verfasser

Der Rechtsanwalt und historische Publizist Frederick, John, Partington Veale wurde am 26. Februar 1897 in dem britischen Seebad und Hafen Ramsgate/Grafschaft Kent geboren.
Der 1. Weltkrieg rief ihn zum Dienst bei der britischen Marine. Nach Ausheilung seiner schweren Verwundung — Verlust eines Unterschenkels — nahm er sein Studium am St. Lawrence College in Ramsgate auf und erhielt 1926 seine Zulassung als Anwalt beim Supreme Court (Oberster Gerichtshof). Seit 1928 führt er ein Anwaltsbüro in Brighton.
Die publizistische Tätigkeit F. J. P. Veales begann 1923 mit einem Artikel über die französische Ruhrbesetzung; das führte zu regelmäßigen Beiträgen in der angesehenen Monatsschrift »The Nineteenth Century & After«, später umbenannt in »The Twentieth Century Review«.
Im Jahre 1932 reiste Veale nach Rußland, um Material zu einer Biographie Lenins zu sammeln, die im folgenden Jahr unter dem Titel »The Man from the Volga; A Life of Lenin« (Constable, London) erschien und weithin lobende Beachtung fand. Eine französische Übersetzung kam im gleichen Jahr heraus. Eine weitere Reise führte ihn 1933 nach Danzig und Ostpreußen. Er wollte die Probleme des polnischen Korridors aus eigener Anschauung kennenlernen.
Über sein nächstes Werk, »Friedrich der Große« (Hamish Hamilton, London 1935) schrieb einer der damals führenden Kritiker, E. B. Osborn, begeistert in der »Morning Post«: »Mein Ideal einer Biographie! Auf 300 Seiten bringt sie alles, was wir über das Genie des 18. Jahrhunderts, seinen Charakter und sein Leben wirklich wissen müssen.«
Nach dem 2. Weltkrieg, 1945/46, verfaßte Veale eine kurze Studie »Advance to Barbarism«, worin er die Terrorbombenangriffe und die Kriegsverbrecherprozesse verurteilte. Der Reihe nach lehnten große Verlage das Manuskript ab, bis sich 1948 ein kleiner Londoner Verlag bereit erklärte, das Buch unter dem Verfasserpseudonym »A. Jurist« zu veröffentlichen. Da der behandelte Stoff seinerzeit gnadenlos tabu war, wurde das kleine Werk von der britischen Presse einhellig totgeschwiegen. Es erregte aber die Aufmerksamkeit des ehemaligen Dekans der

St. Pauls Kathedrale, Rev. Inge, der dazu erklärte: »In diesem Buch sagt jemand treffend gut, was zu sagen höchste Zeit wurde.« Mit seiner Unterstützung und einem Vorwort aus seiner Feder kam 1953 eine stark erweiterte Ausgabe bei Nelson in Appleton/USA heraus.

Die deutsche Übersetzung, »Der Barbarei entgegen«, erschien erstmals 1954 in Hamburg und wird jetzt in zweiter Auflage vom Damm-Verlag, München, betreut. Eine spanische Fassung trägt den Titel »El Crimen de Nuremberg« (Editorial Ahr, Barcelona).

Zum Thema Kriegsverbrechen schrieb F. J. P. Veale 1958 sein »Crimes Discreetly Veiled« (Cooper Book Coy., London), das als »War Crimes Discreetly Veiled« separat von Devin-Adair, New York, herausgebracht wurde und seit 1960 auch in spanischer sowie deutscher Übersetzung (»Verschleierte Kriegsverbrechen«, Damm-Verlag, München) vorliegt.

Im Laufe der letzten 10 Jahre hat der Verfasser mit zahlreichen Artikeln in verschiedenen Publikationen, darunter »Nation Europa«, Coburg, und der führenden katholischen US-Zeitschrift »Social Justice Review«, St. Louis, zu politischen Fragen Stellung genommen. Seit 1962 schreibt er regelmäßig Kommentare für die Deutsche Nationalzeitung in München.

Mit der hier vorliegenden Studie folgte F. J. P. Veale der Anregung, seine 1963 vor der Gesellschaft für Freie Publizistik gehaltene Ansprache über das »Schlüsselproblem unserer Zeit« auszuarbeiten, um sie über die flüchtige Zeitspanne des Zuhörens hinaus festzuhalten und der weiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Seine in der Form eines typisch britischen Plädoyers mit zwingender Logik und — gleichfalls typisch britischem — Sarkasmus vorgetragenen Argumente sind keineswegs als Brücke zum Freispruch durch das »Hohe Gericht« gedacht, sondern vielmehr als freundschaftlicher Zuruf an den deutschen Vetter Michel, die »Verhandlungen im Gerichtssaal« etwas aufmerksamer zu verfolgen und sich nicht unbedingt an die Lage zu gewöhnen, in der er sich befindet .... Diese Absicht wird verdeutlicht in der Umschlagszeichnung, die nach einer Idee des Verfassers entstanden ist.

M. N.